

Inhalt

NRW führt Studienkonten ein Uni-AStA empört: Neues Gesetz fördert soziale Ungerechtigkeit	4
Raider heißt jetzt Twix Studiengebühren in neuem Gewand beschlossen	5
Der Tag, an dem die Massen ausblieben Eine kleine, nicht ganz so feine Geschichte vom Wesen der Hochschulpolitik	6
Griff zur Notbremse Kommentar	8
Senat sucht Studis!	9
Studierendenparlament-News	9
Studierende überflüssig?	10
Tutoriensystem am Institut für Politikwissenschaft endgültig vor dem Aus?	11
Urlaub mit Saddam Eine Satire von Osman Engin	13
Schurkenpläne Über die Neuausrichtung (nicht nur) der US-amerikanischen Außen- und Militärpolitik	14
Der lange endgültige Krieg Wie Hass gesät und geerntet wird	16
»Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!« Wie die Bundesrepublik gegen den Irakkrieg ist und dennoch mitkämpft...	18
Lokale Anzeigenbörse im Internet - leichter zu bedienen als die Tageszeitung	19
Links - pragmatisch - rechts? Eine Standortbestimmung	20
Lieber Sandkasten als Stillstand Zu: »Aufregung im Sandkasten« von Michael Jung (SSP Nr. 339)	21
Nach dem Zuwanderungsgesetz ist vor dem Zuwanderungsgesetz Keine Polemik.	22
Mit dem Knackarsch nach Jerusalem	22
Münsteraner entwickelt Navigationssystem für Rollstuhlfahrer	23
Zeitaufgaben Zeitgenössische Kunst aus Ost-Europa im Westfälischen Kunstverein	24
Die Bahn kommt - aber wie?!	26
Was auf die Ohren !	26

Impressum

HerausgeberInnenGremium:

Dagmar Diener
Maren Lurweg
Michael Schramm
Baldo Sahlmüller
Michael Thomann

Chefredaktion und v.i.S.d.P.:

David Juncke (dju)

Redaktion:

Jan Balthasar (jab)
Dörthe Kuhlmann (dök)
Stefan Küper (skü)
Sara Lohoff (sal)
Maike Rocker (mar)
Benjamin Yu (yub)

Layout: Simone Söndgen (sis)

Geschäftsführung:

Christian Wohlgemuth

Redaktion und Anzeigenverwaltung:

Schloßplatz 1, 48149 Münster
ssp@uni-muenster.de

Druck: AStA-Druck

Auflage: 4.000

Redaktionsschluss SSP 341:

22. April 2003

SSP virtuell:

www.semesterspiegel.de

Der Semesterspiegel ist die Zeitung der Studierenden der Universität Münster. Die Artikel geben die jeweiligen Meinungen der AutorIn wieder. Das gilt auch für namentlich gekennzeichnete Artikel von Mitgliedern des Redaktionsteams. Sie dienen auf Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung der Förderung der politischen Bildung, des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins und der Bereitschaft zur Toleranz (HG-NW §72 (2) Satz 4).

Manuskripte bitte digital (auf Diskette/CD oder per e-mail in Formaten von üblicher oder kostenlos verfügbarer Software, Bilder im Original oder als tif-Datei (300 dpi, unbearbeitet)) an die Redaktion unter Angabe von Namen, Adresse und Bankverbindung. Disketten/CDs und Fotos können nach dem Erscheinen des SSP im AStA-Büro abgeholt werden. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen Artikel unter Synonym werden nicht veröffentlicht. In begründeten Ausnahmen können AutorInnen ungenannt bleiben.

Zeilenhonorar: 0,06 Euro

Fotohonorar: 10 Euro

Karikatur: 15 Euro

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 22. Januar hat der Landtag in Düsseldorf mit seiner rot-grünen Mehrheit beschlossen, dass es zu Beginn des Sommersemesters 2004 an der nordrhein-westfälischen Universitäten Studiengebühren in Form von Studienkonten geben wird. Dabei sind zwar die ursprünglich zur Diskussion stehenden »Verwaltungsgebühren« von 50 Euro pro Semester vom Tisch, Gebühren von 650 Euro werden jedoch für Langzeitstudierende fällig. Die Studienkonten werden zwar von der Regierung als gerechteres Instrument gesehen, viele Studierende vertreten aber die Auffassung, dass diese Studienkonten nichts anderes sind als Studiengebühren – »Raider heißt jetzt Twix« titelt ein Artikel von SP-Präsident Baldo Sahlmüller, der sich damit auseinandersetzt.

Der gesamte studentische Protest, vom Streik im vergangenen Jahr hin zu Unterschriftenaktionen und Demonstrationen, scheint damit erfolglos gewesen zu sein. Überhaupt ist fraglich, inwieweit das Thema Studiengebühren die studentischen Gemüter beschäftigt und erhitzt. Am Tag der Gesetzgebung in der Landeshauptstadt sollte eine große abschließende Demonstration den Protest der Studierenden zum Ausdruck bringen. Diese große Demonstration fand jedoch nicht statt, da nur eine Handvoll von Personen ihre Missstimmung in Düsseldorf zum Ausdruck brachte; von unserer Univer-

sität in Münster waren rund 25 Leute anwesend. So war der 22. Januar 2003 der »Tag an dem die Massen ausblieben« und SSP-Redakteurin Dörthe Kuhlmann stellt sich in ihrem Artikel die Frage, warum sich weder die Studierenden Nordrhein-Westfalens noch die sie vertretenden Allgemeinen Studierenden Ausschüsse mobilisieren ließen.

Vielleicht liegt es daran, dass es nicht die Hochschulpolitik ist, die die Studentinnen und Studenten interessiert, sondern die »große Politik« der internationalen Beziehungen. Die Welt schaut mit wenig Zuversicht in den Nahen Osten und in den Irak, ein Krieg scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein. Aus diesem Grunde beschäftigt sich der vorliegende Semesterspiegel auch mit dieser Thematik, einerseits mit einer Buchrezension, andererseits aber auch mit der Satire »Urlaub mit Saddam« von Osman Engin. Diesen Autor konnte die Redaktion gewinnen und ab dieser Ausgabe werdet ihr regelmäßig eine Geschichte von ihm zu lesen bekommen.

Und wenn es nicht die Hochschulpolitik und auch nicht die Außenpolitik ist, die die Leser unserer Zeitschrift interessiert, dann ist es vielleicht die Bundespolitik. Anfang Februar finden in Hessen und Niedersachsen Landtagswahlen statt. Vielleicht werden sie die jetzige bundespolitische Situation aufwirbeln und neue Koalitionen gebären? SSP-

Redakteur Jan Balthasar warf bereits im Oktober 2002 die Option einer schwarz-grünen Koalition in die Diskussion. Kaum, dass diese Idee auf Gegenwind im Semesterspiegel gestoßen ist, nimmt der grüne Politiker Oswald Metzger Balthasars Vorlage auf und schreibt in der FAZ über die Gemeinsamkeiten der zwei sich angeblich diametral gegenüberstehenden Parteien. Grund genug, diese Diskussion nochmals unter dem Titel »Lieber Sandkasten als Stillstand« im SSP aufzunehmen!

Neben diesen Schwerpunkten haben wir in der vorliegenden Ausgabe wieder eine Vielzahl von weiteren Artikeln für euch zusammengestellt. Bei der Lektüre wünsche ich euch viel Vergnügen und ein wenig Abwechslung zu den Semesterabschlussklausuren!

Euer David Juncke



Persönliche Stellungnahme

In der letzten Ausgabe des »Semesterspiegels« (SSP 339) wurde mein Name, Rasoul Seyed Rafi, in der Stellungnahme der Liste 1 (Unabhängige Studierende, S. 6) genannt. Hier-

mit teile ich mit, dass ich mich nach den Wahlen von dieser Liste und von ihrem Vorsitzenden Magnus Becker getrennt habe und mich für meinen Fehler, auf dieser Liste kandidiert zu

haben, im Studierendenparlament entschuldigt habe.«

NRW führt Studienkonten ein

Uni-AStA empört: Neues Gesetz fördert soziale Ungerechtigkeit

Seit dem 22. Januar ist es amtlich: NRW will ab dem Sommersemester 2004 Studienkonten einführen. Der Landtag beschloss mit seiner rot-grünen Mehrheit ein Gesetz, das jedem ein kostenloses Erststudium gewähren soll. Voraussetzung: Er oder sie darf nicht »bummeln«. Sonst wird es teuer. Mindestens 600 Euro pro Semester soll das Überziehen des Kontos kosten.

Zunächst soll jeder Studierende die anderthalbfache Semesteranzahl seiner Regelstudienzeit gutgeschrieben bekommen. Bei einer Regelstudienzeit von acht Semestern – wie in den meisten Fächern – dürfte jeder also zwölf Semester gebührenfrei studieren. Danach würden Gebühren fällig. Diese Übergangsregelung soll ab dem SoSe 2004 bis ungefähr 2007 gelten – und zwar auch rückwirkend für Studis, die ihr Studium vorher begonnen haben. Für Studierende, die sich in besonderem Maße neben ihrem Studium engagiert haben oder die sich in einer wirtschaftlichen Notlage befinden, sollen Ausnahmeregelungen gelten. Das Gleiche gilt für Studis mit Behinderungen, die sich »studien-spezifisch« auswirken.

Ab ungefähr 2007 soll dann das eigentliche Kontenmodell umgesetzt werden. Dann rückt statt der Semesterzahl eine Semester-Wochenstundenzahl in den Vordergrund. Jeder Studierende soll das 1,25-fache der insgesamt erforderlichen Semester Wochenstundenzahl als Budget bekommen. In den meisten Studienfächern dürfte das rund 200 Semesterwochenstunden (SWS) entsprechen. Dieses Budget kann der Studi relativ flexibel während seines Studiums verbrauchen. Ist das Konto aufgebraucht, werden auch hier Gebühren fällig. Dieses Konzept kann nicht sofort umgesetzt werden, da noch die erforderlichen technischen Voraussetzungen fehlen. Zum Beispiel Chipkarten, auf denen die Stunden gespeichert und abgebucht werden.

Die ASten der Hochschulen in NRW,

in vorderster Front auch der AStA der Uni Münster, kritisieren das Gesetz scharf. Auf einer Pressekonferenz kurz vor der entscheidenden Landtagssitzung machte der münsterische AStA noch einmal seine Befürchtungen deutlich. »Das Studienkonten und -finanzierungsgesetz fördert soziale Ungerechtigkeit und Selektion. Zudem ist es in vielen Punkten bewusst unpräzise und lässt viel Spielraum für spätere Verschärfungen per Verordnung«, fasste Hochschulpolitik-Referentin Caren Heuer die Hauptkritikpunkte zusammen.

Die langen Studienzeiten in Deutschland seien nicht auf faule Studierende,

nissen würde damit wahrscheinlich noch weiter sinken. Als »schlechten Witz« bezeichnete Heuer auch die in einigen Fächern geltenden Regelstudienzeiten, innerhalb deren es schlichtweg nicht möglich sei, ein Studium zu beenden. »Erst recht nicht unter den aktuellen miserablen Bedingungen. In einigen geisteswissenschaftlichen Fächern muss sich ein Dozent um 300 Studis oder mehr kümmern.« Nach Angaben des AStAs wären zur Zeit fast 30 % der Studis an der Universität Münster von Gebühren betroffen.

Eine weitere Befürchtung: Die Begrenzung der Stundenzahl zwingt die



Vier gegen Studienkonten: Martin Sundermann (Kulturreferent), Sascha Vogt (Öffentlichkeitsreferent), Caren Heuer (HoPo-Referentin) und Kurt Stiegler (Behindertenreferent) (v.l.) (skü)

sondern vielmehr auf die miserablen Studienbedingungen an deutschen Hochschulen zurückzuführen. Zudem wirke das neue Gesetz insbesondere auf Abiturienten aus einkommensschwachen Familien abschreckend. Der schon jetzt mit ca. 11 % erschreckend niedrige Anteil Studierender aus unteren Einkommensverhält-

Studierenden zur Konzentration auf die Pflichtveranstaltungen ihres Fachs. Der nur von Interesse geleitete Blick über den Tellerrand, in andere Studienfächer, bleibt zur Schonung des Budgets aus. »Dann wird die Uni zum reinen Ausbildungsbetrieb. Einen akademischen Anspruch erfüllt ein solches Studium nicht mehr«,

klagt HoPo-Referentin Heuer. Der AStA lehnt eine finanzielle Beteiligung Studierender an der Finanzierung des Hochschulsektors

allgemein ab. AStA-Öffentlichkeitsreferent Sascha Vogt: »Unserer Auffassung nach soll Bildung frei sein für alle.« Als Alternativen schlägt er Kür-

zungen in anderen Bereichen des Landeshaushalts oder die Einführung der Vermögenssteuer vor.

Stefan Küper

Raider heißt jetzt Twix

Studiengebühren in neuem Gewand beschlossen

Am Mittwoch war es so weit: Der Landtag hat mit den Stimmen der rot-grünen Koalition das Studiengebührengesetz verabschiedet. Damit ist nun endgültig der Weg frei für Studiengebühren im Land Nordrhein-Westfalen, was sicherlich eine Signalwirkung für die Bundesländer sein wird, in denen es derzeit keine Gebühren für das Studium gibt.

Doch die Politiker waren nicht ungeschickt. Sie haben die Studiengebühren nämlich anders genannt. Sie heißen jetzt »Gebühren nach Ablauf des Studienkontos« und das, wovon immer wieder geredet wird, das ist ein so genanntes Studienkonto, also ein Guthaben für eine bestimmte Anzahl an Semesterwochenstunden und auch an Semestern insgesamt. Das lässt sich natürlich gut verkaufen – es wird behauptet, man gebe den Studierenden etwas und nehme ihnen ja nichts.

Doch ein toller neuer Name allein ändert nichts am Inhalt dessen, was da beschlossen wurde. Und beschlossen wurde die Aufhebung der generellen Gebührenfreiheit eines Hochschulstudiums in Nordrhein-Westfalen. Alles andere ist Augenwischerei. Man kann also sagen, dass der Landtag am Mittwoch sehr wohl deutliche Einschnitte für die Studierenden im Besonderen und für die Bildungslandschaft NRW im Allgemeinen beschlossen hat.

Manch einE LeserIn mag sich jetzt fragen, was denn so schlimm daran sei, wenn man nicht mehr beliebig viel und lange studieren darf, sondern nur noch etwas mehr als das, was für den Abschluss notwendig ist. Nun, da

frage man sich, wozu ein Studium dienen soll. Dient es allein der Erringung eines Abschlusses oder steckt vielleicht mehr dahinter? Ich bin der Meinung, dass ein Studium eben nicht als reine Berufsausbildung anzusehen ist. Ich bin der Meinung, dass an einer Universität (von lateinisch universitas: Gesamtheit) ein Blick über die eigene Fachdisziplin hinaus nicht nur möglich sein sollte, sondern vielmehr gefördert und gefordert werden muss. Und gerade dieser Blick über den viel zitierten Tellerrand auf die Gesamtheit der Wissenschaften wird von nun an nur noch sehr beschnitten möglich sein.

Ebenso werden Fachwechsel während des Studiums, die Aufnahme neuer Nebenfächer nach beispielsweise dem Grundstudium, das Belegen von weiteren Schwerpunkten in einem Diplomstudiengang oder das Studieren zweier Studiengänge parallel arg eingeschränkt, wenn nicht gar für Menschen, die nicht in Geld schwimmen, verhindert.

Soziale Probleme, die jede Art von Studiengebühren mit sich bringen, möchte ich hier nicht weiter vertiefen, ich verweise auf die einschlägigen Artikel in früheren Ausgaben des Semesterspiegels und der AStA-Zeitung sowie der Publikationen des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (abrufbar z.B. unter www.studierende-abs.de).

Ein weiterer wichtiger Punkt gehört an dieser Stelle noch erwähnt: Ab dem Sommersemester 2004 werden mit dem Gesetz, was am 22. Januar beschlossen wurde, in der Tat ziemlich genau die Langzeitstudiengebühren eingeführt, von denen die

Landesregierung noch vor wenigen Monaten Abstand genommen hatte.

Nur heißen sie jetzt nicht mehr Langzeitstudiengebühren, sie tarnen sich als Studienkonten. Denn ab dem genannten Semester wird für zunächst drei Jahre noch nicht einmal geschaut, wie viele Stunden Studierende überhaupt belegen. Nein, es wird je nach Fach geschaut, wie viele Stunden im Semester abgebucht werden müssen, damit das Konto nach dem 1,5-fachen der Regelstudienzeit auf jeden Fall leer ist. Somit hat die Regierung Steinbrück ihre Langzeitstudiengebühren doch noch bekommen – ein neues Etikett ändert daran nichts. Man könnte fast meinen, die Politik will die Bevölkerung einmal wieder für dumm verkaufen.

Ach, ein Wort noch zur Opposition. Noch im Sommer war sie vehement gegen Studiengebühren, mittlerweile jedoch – nach der Bundestagswahl – gibt es Hinweise, dass der CDU unter Jürgen Rüttgers die nun beschlossenen Studienkonten nicht weit genug gehen und allgemeine Studiengebühren für alle Studierenden ab dem ersten Semester ihre »Alternative« sein könne. Wo man also auch hinsieht, in der Politik scheint derzeit kein Platz für eine vernünftige Bildungspolitik. Immer wieder wird mit leeren Kassen argumentiert, doch wenn man sich Großprojekte, die immer wieder durchgeführt werden, ansieht, dann können die Kassen so leernichtsein. Vielmehr fehlt der politische Wille, das Geld auch wirklich in die Hochschulen zu stecken, es bleibt bei leeren Versprechungen und ständigen Lippenbekenntnissen.

Baldo Sahlmüller

Der Tag, an dem die Massen ausblieben

Eine kleine, nicht ganz so feine Geschichte vom Wesen der Hochschulpolitik

Mittwoch, 22.01.03, 6:50 Uhr morgens in Münster. Vor dem Reisezentrum der Deutschen Bahn am Hauptbahnhof hat sich ein kleines Häuflein Studierender versammelt, vielleicht so um die 25, wenn es hoch kommt. Irgendwie stimmen die Relationen nicht. Denn das, was an jenem Tag auf der Agenda des Landtags in Düsseldorf steht, wird die Hochschulen NRWs grundlegend verändern: Verabschiedet werden soll das Studienkonten-Modell der rot-grünen Regierung, welches zunächst bis 2007 vorsieht, dass jeder Studierende nur seine Regelstudienzeit plus 5 Semester zur Verfügung hat, um kostenlos an der Uni oder FH studieren zu können. Das, wogegen Zehntausende von Studis im vergangenen Sommer auf die Straße gegangen und protestiert hatten, soll letztendlich doch in ein Gesetz gegossen werden. Nur, dass das Kind einen anderen Namen hat: Studienkonten statt Studiengebühren. Und man kann nun großzügigerweise noch ein Semester länger als bei dem verworfenen Landzeitstudiengebührenmodell umsonst studieren, bevor die 650 Euro pro Semester fällig werden. Das Gesetz soll auch rückwirkend gelten.

Die kleine Gruppe Studierender, die entschlossen und motiviert ist, für die 50 000 Studierenden in Münster noch eine letzte Protestaktion zu starten, setzt sich in den Zug nach Düsseldorf. Irgendwie komisch: Vom AStA der Uni sind einzig und allein der Referent für Öffentlichkeit und die Fachschaftenreferentin dabei. Schon wieder das unangenehme Gefühl, dass die Relationen nicht stimmen. Der AStA besteht aus mehr als 15 Personen. Immerhin diese sollten doch dabei sein, wo sie doch vergangene Woche, als feststand, dass das Gesetz

heute verabschiedet werden soll, versucht haben, das Letztmögliche an Protest unter den Studis zu mobilisieren. Gut, es gibt immer wichtige Prüfungen oder Seminare, an denen auch AStA-ReferentInnen teilnehmen müssen. Vielleicht müssen auch noch dringende Pressemitteilungen geschrieben werden. Aber laut dem Referenten für Öffentlichkeit wollten immerhin sechs Leute mitfahren. Um halb acht klingelt bei dem Referenten das Handy. Einer der Referenten, der bei der Organisation des heutigen Protestes maßgeblich beteiligt gewesen ist, meldet sich ab: verschlafen. Er würde gleich in den AStA fahren und die entscheidenden Telefonnummern zwecks Kurzschließung mit den an-

deren ASten weitergeben. Eigentlich könnte er sich ja auch einfach in den nächsten Zug setzen, denken sich einige. Ist aber anscheinend nicht möglich. Wo die anderen sind, bleibt allen Anwesenden ein Rätsel.

9:30 Uhr: Die ProtestlerInnen kommen vor dem Landtag an. Sie werden begrüßt von drei AStA-ReferentInnen aus Düsseldorf. Wieder stimmen die Relationen nicht. Ca. 30 DemonstrantInnen stehen etwa 100 Polizisten gegenüber, der Landtag ist rundherum abgesichert. Die haben wohl mehr von Studierenden, von denen etliche ab dem SS 2004 zahlen müssen, erwartet. Die Situation ist mehr als lächerlich. Dann fängt es auch noch an zu regnen. Wo sind denn bloß die ganzen anderen ASten und die von ihnen mobilisierten Studis? Tja, einige haben erst auf 12 Uhr mobilisiert, andere auf 13 Uhr. Und Düsseldorf selbst ist, wie gesagt, mit drei Leuten vertreten. Ratlosigkeit. Wieder abziehen oder sich weiter der Lächerlichkeit preisgeben und ausharren? Die Protestierenden entscheiden sich trotz Regen und Kälte dafür, wenigstens einige Transparente aufzustellen. Einige stammen noch vom letzten Streik. Das waren noch Zeiten, als mehrere Tausend Studis auf die Straße gingen...

Aber Moment mal, da war doch noch was: Die Fernuniversität Hagen hatte doch Einladungen



Demonstrationsbanner auf der Demonstration in Düsseldorf (AStA Münster)



Demonstration in Düsseldorf am 22. Januar 2003

(ASTa Münster)

für die Landtagssitzung! Und da war auch eine Aktion geplant: Im Landtag selbst sollte der Protest noch einmal artikuliert werden. Auch aus Münster hatten sich einige für die Aktion gemeldet, trotz der Gefahr von Festnahme und Hausverbot. Tolle Sache. Einziges Problem: Wo war die Fernuni? Bereits am Tag zuvor war der Koordinator auf seinem Handy nicht erreichbar gewesen. Schließlich erfuhr man per Mailbox, dass er krank war. Okay, kann passieren. Allerdings hätte man ja Einladungen und Namen der Geladenen irgendwie den vorhandenen AktivistInnen zukommen lassen. Damit war auf jeden Fall auch diese Aktion gestorben.

12:15 Uhr. Ich mache mich vom Acker, da ich um 15 Uhr wieder in Münster sein muss, um an der stattfindenden Senatssitzung anwesend zu sein. Da ich allein zurückfahren muss, kostet mich die ganze Aktion außer der verschwendeten Zeit auch noch 20 Euro. Habe ich für die Sache gern in Kauf genommen. Jetzt kommt es mir eher vergeudet vor. Auf dem Rückweg, in der Straßenbahn, sehe ich eine für 12 Uhr angemeldete Demonstration vorbeiziehen. Das Polizeiaufgebot ist groß, die Demo selbst umfasst etwa 50 Leute. Aus Mitleid hat die Polizei wenigstens das Blaulicht eingeschaltet. Damit wird zumindest etwas Wirkung erzielt. Zum x-ten Mal rechne ich mir aus, dass, wenn die ASTen der Unis und FHs

wenigstens mit je 10 Leuten vertreten gewesen wären, etwa 200 Leute mehr auf der Wiese vorm Landtag gestanden hätten. Gesetzt den Fall, man hätte sich auf einen einheitlichen Zeitpunkt des Demobeginns einigen können. Aber das ist in einer Basisdemokratie natürlich nicht möglich.

15:15 Uhr. Ein Kommilitone, der mit mir zusammen im Senat sitzt, erzählt mir, dass das Gesetz soeben ohne eine einzige Gegenstimme der Regierung verabschiedet worden ist. Freie Bildung adé. Und das unangenehme Gefühl, dass alles, wofür im letzten Jahr gekämpft worden ist, umsonst gewesen ist.

Und die Moral von der Geschichte?

Auf die Frage, wer denn nun Schuld an dem ganzen Malheur ist, will ich mich jetzt eigentlich nicht einlassen. Zur Abwechslung möchte ich mal nicht auf die Studis schimpfen, die sich nicht mal mobilisieren lassen, wenn es ihnen selbst an den Kragen geht. Dass dies eben doch möglich ist, hat der letzte Streik hinreichend bewiesen. Auch die ASTen sind nicht primär für die Sache verantwortlich, denn immerhin wussten sie von der geplanten Verabschiedung erst eine Woche vorher und haben dann auch alles in ihrer Macht stehende getan, um letzte Kräfte zu mobilisieren. Aber so etwas wie an jenem Schwarzen Mittwoch darf einfach nicht passieren. Denn so verlieren Studieren-

denvertretungen einfach alle Glaubwürdigkeit.

So, Schluss mit dem Gemeckere und noch etwas Konstruktives zum Abschluss: Die Sache mit den Studienkonten ist trotz Verabschiedung des Gesetzes noch nicht gegessen und vorbei. Denn ab 2007 soll es für jeden Studi ein individuelles Konto geben, von dem sein Studienguthaben (= die zu erbringenden Leistungen im Studium plus 25% zur freien Verfügung) je nach Leistung abgebucht werden soll. Bis dahin müssen alle Studiengänge NRWs modularisiert und auf das europäische Credit Point-System umgestellt sein. Für jede Leistung muss der Studi dann einen Teil seines Guthabens einsetzen. Dies soll zu mehr Wettbewerb führen, da die Hochschulen untereinander um die Studis und deren Konten konkurrieren müssen, um weiterhin Gelder zu erhalten. Parameter für die Verteilung des Geldes wie Qualität, Schnelligkeit des Studiums, Nachfrage der Uni usw. werden in der nächsten Zeit festgelegt werden. Für die Studierendenvertretungen gibt es also jede Menge Arbeit. Außerdem muss alles getan werden, um möglichst viele Studis über Ausnahm- und Härtefallregelungen von den anstehenden Zahlungen zu befreien.

Dörthe Kuhlmann

Griff zur Notbremse

Kommentar

Sie haben ja recht, die Studienkonten-Kritiker aus dem AStA. Das vom Landtag am 22. Januar beschlossene »Studienkonten und -finanzierungsgesetz« ist in vielen Bereichen schwammig formuliert, hat Schwächen im Detail und kann unter Umständen zu »sozialer Selektion« führen. Studierende aus Familien mit niedrigem Einkommen sind in der Regel auf einen Nebenjob angewiesen, um ihren Lebensunterhalt während des Studiums zu finanzieren. Nur ein sehr geringer Teil von ihnen erhält BAFöG im erforderlichen Umfang. Das führt zu unfreiwilliger Verlängerung des Studiums und damit womöglich bald zu Studiengebühren, was die Situation für den

ordnungen, sondern die generelle Ablehnung von Finanzierungsmöglichkeiten außerhalb der gähnend leeren öffentlichen Kassen. »Bildung soll frei sein für alle«, lautet das Diktum des AStAs. Wer sich jedoch bei jedem Reformvorhaben derartig »bockig« anstellt, darf sich auf der anderen Seite nicht über einen Professor für 300 Studierende oder die katastrophale Ausstattung der Universitäten beklagen. Ganz abgesehen davon, dass ein solches Vorgehen auch taktisch unklug ist, da die Studierenden bundesweit zu schlecht organisiert und ein politisches Fliegengewicht sind.

Die Politiker in Bund und Ländern kennen dieses Spielchen nur zu gut –

und reagieren genauso zickig. Unangenehme Gesetzesvorlagen werden nur noch kurz vor Klausuren oder in den Semesterferien eingebracht und im Eiltempo durchgepeitscht. Die studentischen Interessenvertreter beklagen sich im Gegenzug über diese Taktiererei und fordern den Dialog. Doch worüber könnte man denn reden, wenn die Antwort – ein barsches »Nein« – von vornherein feststeht?

Die Studienkonten werden kommen. Vielleicht nicht, wie geplant, schon zum Sommersemester 2004. Aber kommen werden sie auf jeden Fall. Das hat der Landtag am 22.

Januar beschlossen. Die Vertreter der Studierenden in NRW sollten nun schleunigst die Notbremse ziehen und eine Kurskorrektur einleiten. Ziel muss es zunächst einmal sein, für die Landesregierung wieder ein ernstzunehmender Gesprächspartner zu werden. Das erfordert ein »Ja« zu

Studienkonten – da sie immer noch das kleinere Übel im Vergleich zu Studiengebühren sind. Das erfordert dann aber ein genauso konsequentes Einfordern von Korrekturen bei den Schwächen des Gesetzes und – noch wichtiger – Einflussnahme auf die nun folgenden Verordnungen, die die Details regeln.

Die größten Schwachpunkte hat der AStA ja richtig erkannt:

Notwendig ist zunächst eine Überprüfung der »Regelstudienzeit« in allen Fächern. Die Regelstudienzeit muss so angepasst werden, dass ein Abschluss in dieser Zeit auch tatsächlich möglich ist. Sichergestellt werden muss auch, dass die zu erwartenden Einnahmen aus Gebühren zweckgebunden wieder in den Hochschulsektor fließen. Gleichzeitig dürfen die im Haushalt bereit gestellten Mittel nicht noch weiter gekürzt werden. Die Gebühreneinnahmen sollten nicht nur direkt den Hochschulen zugute kommen, sondern insbesondere für die dringend benötigte Reform des BAFöG aufgewendet werden. Studierende aus einkommensschwachen Familien dürfen eben nicht vom Studium abgeschreckt werden. Sie benötigen finanzielle Unterstützung in einer Größenordnung, von der sich ein angemessener Lebensunterhalt problemlos bestreiten lässt – und das für einen Zeitraum, in dem ein Studienabschluss auch ohne »Augen zu und durchknüppeln« möglich ist. Für Behinderte ist das Studium eine Qualifikationsmöglichkeit, durch die ihre »Wettbewerbsfähigkeit« am Arbeitsmarkt deutlich erhöht wird. Daher hat Behindertenreferent Kurt Stiegler recht, wenn er eine generelle Gebührenfreiheit für Behinderte fordert.

Es gibt genug Arbeit im Detail. Doch die kann weder auf der Straße, noch im Streik-Café geleistet werden. Der Griff zur Notbremse sollte besser heute als morgen erfolgen.

Stefan Küper



Stefan Küper

(privat)

Studi natürlich noch dramatisch verschlechtern würde.

Doch wie so oft in der Vergangenheit, schießen die ASten auch im aktuellen Fall über das Ziel hinaus. Ziel des Protests ist nämlich nicht die dringend notwendige Korrektur des Gesetzes und der noch folgenden Ver-

Senat sucht Studis!

Im nächsten Semester wird der Senat der WWU Münster mehrere Kommissionen einrichten, in denen ProfessorInnen, wissenschaftlichewienichtwissenschaftliche MitarbeiterInnen und Studierende gemeinsam die Prorektorate, den IV-Lenkungsausschuss (oberstes Gremium der Universität zur Regelung der Informationsverarbeitung) sowie die Bibliothek beratend und empfehlend unterstützen werden. Ihnen werden viele Informationen dieser Bereiche zur Verfügung stehen.

Für diese Kommissionen sowie zwei weitere (Gleichstellung und Erarbeitung eines Vorschlags zur Ernennung des Kanzlers) werden dringend Studierende gesucht, die interessiert an dem Funktionieren einer Universität sind und Einflussmöglichkeiten für Studis wahrnehmen möchten.

Folgende Kommissionen müssen

(auch) von Studierenden besetzt werden:

1) Kommission für Forschung, Forschungsförderung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses:
Zwei Mitglieder und zwei StellvertreterInnen

2) Kommission für Lehre, Studienorganisation, Studienreform und internationale Beziehungen:
Drei Mitglieder und drei StellvertreterInnen

3) Kommission für Planung, einschließlich Personalplanung und Evaluation:
Zwei Mitglieder und zwei StellvertreterInnen

4) Kommission für Finanzen und Bauangelegenheiten:
Zwei Mitglieder und zwei StellvertreterInnen

5) IV-Kommission:
Zwei Mitglieder, zwei Stellvertre-

terInnen

6) Bibliothekskommission:
Zwei Mitglieder und zwei StellvertreterInnen

7) Gleichstellungskommission:
Zwei Mitglieder und zwei StellvertreterInnen

8) Kommission zur Vorbereitung der Ernennung des Kanzlers:
Zwei Mitglieder und zwei StellvertreterInnen

Für alle Kommissionen gilt: Bloß nicht abschrecken lassen vom Namen, so hochtrabend er auch klingen mag.

Wer sich für die Mitarbeit in diesen Kommissionen interessiert, soll sich bis zum 8.2.03 beim Sprecher der Studierenden im Senat (Jens M. Deckwart, deckwar@unimuenster.de) oder beim AStA-Vorsitzenden (Guido Brückling, asta.vorsitz@unimuenster.de) melden. Die Besetzung der Kommissionen erfolgt in der nächsten Senatssitzung am 12.02.2003.

Dörthe Kuhlmann

Studierendenparlament-News

Präsidium gewählt

Noch im Dezember hat sich das 45. Studierendenparlament (SP) konstituiert. Auf der ersten Sitzung wurde Baldo Sahlmüller (uFaFo) zum Präsidenten gewählt, erste Stellvertreterin ist Maren Lurweg (Juso-HSG), zweiter Stellvertreter Michael Schramm (RCDS). Das Präsidium ist per eMail zu erreichen: stupa@unimuenster.de

neue Homepage

Seit dieser Wahlperiode hat das SP eine eigene Homepage. Dort können sich alle Interessierten über die Arbeit des Gremiums informieren. Aktuelle Protokolle sind ebenso zu finden wie Beschlüsse des Parlaments und Informationen über seine Zusammensetzung und Wahlergebnisse der Vergangenheit. Auch über die Zusammensetzung der Ausschüsse wird dort berichtet. Wer sich für Satzung und Ordnungen der Studierendenschaft interessiert, wird auf der Seite ebenfalls teilweise fündig. Zu finden ist die Seite unter <http://www.unimuenster.de/Studierendenschaft/stupa>.

Wahlprüfungsausschußeingerichtet

Das SP hat auf seiner ersten Sitzung auf Antrag zweier Studenten einen Wahlprüfungsausschuss eingerichtet. Dieser Ausschuss wird sich mit Beschwerdendieser Studenten gegen die Liste US befassen und nach Abschluss der Arbeit einen Bericht abgeben. Vorsitzende des Wahlprüfungsausschusses ist Lena Engelhardt (uFaFo).

Neue HerausgeberInnen des Semesterspiegels

Ebenfalls vom SP gewählt wurden neue HerausgeberInnen des Semesterspiegels. Das Team besteht aus Dagmar Diener (Uni-GAL), Maren Lurweg (Juso-HSG), Baldo Sahlmüller (uFaFo), Michael Schramm (RCDS) und Michael Thomann (LSI).

Ausschüsse nehmen Arbeit auf

Neben dem Wahlprüfungsausschuss wurde auch der Vergabeausschuss und der Haushaltsausschuss neu gewählt. Beide Ausschüsse haben ihre Arbeit bereits aufgenommen. Vorsitzender des Vergabeausschusses ist Carsten Peters (uFaFo), Vorsitzender

des Haushaltsausschusses Jens M. Deckwart (unabhängig).

weitere Beschlüsse

Mit maximal 2500 Euro bezuschusst das SP eine Studienreise der KSHG nach Südosteuropa. Ein Kongress der kritischen JuristInnen mit dem Titel »Welches Recht regiert die Welt« wird mit 1000 Euro sowie Übernahme der Druckkosten unterstützt.

Haushalt

Kurz nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe des Semesterspiegels wurde auf der zweiten Sitzung der neue Haushalt der Studierendenschaft für das Jahr 2003 beschlossen. Er hat ein Gesamtvolumen von über 5 Millionen Euro und kann auf der Homepage angesehen werden. Da in den letzten Jahren einige recht hohe Summen vom Studierendenparlament ausgegeben wurden, ohne dass die genaue Haushaltslage bekannt war, wurde ausserdem ein Beschluss gefasst, dass bei Anträgen ab 1000 Euro Höhe der Haushaltsausschuss eine Stellungnahme zur Finanzierbarkeit solcher Ausgaben abgeben muss.

Baldo Sahlmüller, SP-Präsident

Studierende überflüssig?

Gebannt lauschten die wenigen anwesenden studentischen Vertretern den Worten von Rektor Schmidt während des Neujahrsempfangs. Doch nicht eine spannende und mitreißende Rede war der Grund, vielmehr warteten sie auf die Erwähnung von Studierenden in Schmidts Jahresrückblick. Und sie sollte nicht enttäuscht werden ...

Doch alles der Reihe nach: Am Anfang eines jeden Jahres versammeln sich die Honorationen der Uni und die Freunde der Uni aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Aula des Schlosses, um den Neujahrsempfang der Uni Münster zu zelebrieren, zu dem der Rektor einlädt. Im Rahmen des Neujahrsempfangs hält der amtierende Rektor eine Rede, in der er auf das letzte Jahr an der »alma mater« zurückblickt und es werden die Preise der Uni verliehen, das Ganze wird eingerahmt von klassischer Musik und es schließt sich ein Sektempfang an, bei dem neue Kontakte geknüpft werden.

Auch ein paar Studierende werden zu diesem feierlichen Ereignis gnädigerweise eingeladen, dies sind insbesondere die studentischen Senatsmitglieder sowie AStA-Vorsitz und SP-Präsident, und zumindest einmal gehen einige von ihnen dann auch hin. In diesem Jahr lief es wie folgt ab:

Nach einer Einstimmung durch den studentischen Madrigalchor hielt also Rektor Jürgen Schmidt seine Rede, berichtete hier über das vergangene Jahr an der Uni. Er redete und redete, lobte die Forschung wieder und wieder über den grünen Klee, bedankte sich bei der Verwaltung, gab sich stolz über Sonderforschungsbereiche und dergleichen. Ganz besonders aber hämmerte er dem Publikum, ständig in neue Worte gefasst, ein, wie wichtig es für die Uni sei, im Wettbewerb ganz oben mitzuschwimmen, wie wichtig die Wettbewerbsfähigkeit sei und dass sein Ziel ist, die Uni im internationalen Wettbewerb ganz nach vorne zu bringen. Ja, daran richtet er in der Tat seine Politik aus, seine Ziele sind so auch nicht verwunderlich:

- Anpassung der Studiengänge an den »internationalen Wettbewerb« – und somit wohl eine Verschlinkung



(R.Lang)

und eine »Verwirtschaftlichung« des Studiums.

- effizientere Strukturen – meist gleichbedeutend mit Demokratieabbau
- Schärfung des Profils der Uni – was gleichzeitig ein Herausfallen von nicht so lukrativen Fächern aus dem Angebot der Uni bedeuten wird. Wo

geschärft wird, da fallen auch Späne.

Das alles musste sich das Auditorium also anhören. Doch es blieb spannend, auch als bereits das Ende der Rede abzusehen war, hatte Schmidt die Studierenden, die immerhin die große Mehrheit der Universitätsangehörigen darstellen, mit keinem Wort erwähnt. Das führte bereits dazu, dass

die Studierenden im Saale etwas ungläubige und irritierte Blicke miteinander wechselten. Doch dann kam es, und wie!

Der Rektor lobte einmal wieder die Leistungen der Universitätsmitarbeiter, die die Forschung und Lehre trotz der hohen Studierendenzahlen und der Überlast sehr gut gemeistert hätten. Ja, trotz der ganzen Studierenden. Was haben die überhaupt an der Uni zu suchen?

Die stören doch nur. Stören beim Forschen. Stören beim Wettbewerb. Stören beim Profilieren. Oder wie muss man dies alles verstehen? Einen Gefallen hat unser Rektor sich mit seinen Worten aber sicher nicht getan. Bereits direkt nach seiner Rede drehte

sich eine Dame in einer der ersten Reihen zu ihren Gatten und fragte ihn erstaunt, warum die Studierenden denn gar nicht erwähnt wurden. Auch anderen Teilnehmer am Neujahrsempfang war dies sehr unangenehm aufgefallen, wie nach der Veranstaltung zu vernehmen war.

Die Preise sind dann auch noch vergeben worden, insgesamt waren sie mit 185000 Euro dotiert. Der Forschungspreis (40000 Euro) ging an den Biochemiker Prof. Hans-Joachim Galla, den Lehrpreis (40000 Euro) teilen sich Prof. Moerschbacher aus dem Fachbereich Biologie (für das Konzept Biowissenschaften 2000+) und Prof. Grob aus der wirtschaftswissen-

schaftlichen Fakultät (für das Projekt cHL – computergestützte Hochschullehre). Der Nachwuchs-Forschungspreis (20000 Euro) wurde verliehen an Dr. Frank Becker vom historischen Seminar. Auch den Frauenförderpreis (25000 Euro) verlieh die Uni erneut. Er ging geteilt an Prof. Martina Wagner-Egelhaaf und Dr. Doerte Bischoff, die beide am Institut für deutsche Philologie II arbeiten. Die besten Dissertationen der einzelnen Fächergruppen wurden ebenfalls mit jeweils 10000 Euro ausgezeichnet.

Baldo Sahmüller

Tutoriensystem am Institut für Politikwissenschaft endgültig vor dem Aus?

Alle Jahre wieder kommt am Institut für Politikwissenschaft die Diskussion um die Finanzierbarkeit der Tutorien zu den vier Grundkursen auf. In regelmäßigen Abständen bangten die Studierenden um die Existenz der für sie kostenlosen Kurse und bangten die Tutoren um die Bezahlung ihrer Tätigkeit. Doch bisher wurde das Problem immer wieder abgewendet. Unterschriftenaktionen für den Erhalt der Tutorien und kurzfristig zur Verfügung gestellte Gelder führten immer wieder zur Beibehaltung des Tutoriensystems.

Bis jetzt ging es also immer irgendwie gut. Doch mit Beginn des Sommersemesters 2003 werden unter sonst gleichen Umständen die Tutorien größtenteils eingestellt.

Wobei handelt es sich eigentlich um das Tutoriensystem bei der Politikwissenschaft und warum ist das Ende des Systems mit negativen Begleiterscheinungen versehen?

Das Grundstudium Politikwissenschaft sieht vier Grundkurse vor, die vier unterschiedliche Inhalte aufweisen – vom politischen System der

Bundesrepublik Deutschland über internationale Beziehungen hin zum Vergleich mit anderen politischen Systemen. Die Grundkurse sind als Vorlesungen konzipiert und aufgrund hoher Studierendenzahlen, so stehen die Grundkurse nicht allein Politikstudenten, sondern insbesondere auch Lehramts- und Pädagogikstudenten offen, sind diese auch sehr gut besucht und finden in den großen Hörsälen an der Scharnhorststraße statt. Das Tutoriensystem sieht zu den von der Studienordnung vorgesehenen Grundkursen verpflichtende Tutorien vor, in denen der Stoff der Grundkurse vertieft be- und erarbeitet wird. Diese kleinen Kurse dienen der intensiven Wissensvermittlung und Klausurvorbereitung und bieten eine Plattform für Diskussionen. Ferner werden in den Tutorien methodische Fähigkeiten – von der Präsentation von Referaten bis zur Hausarbeit – vermittelt, die im Hauptstudium unabdingbar sind. Die vorlesungsbegleitenden Tutorien werden von studentischen Hilfskräften durchgeführt und sind insbesondere deshalb so effi-

zient, da bisher in der Regel die Teilnehmerzahl von 20 Studierenden nicht überstiegen wurde.

Dieses System hat sich mancher Kritik zum Trotz bewährt und findet großen Anklang bei den Studierenden. Da in den Tutorien offene Fragen aus der Vorlesung aufgegriffen und beantwortet werden, führen sie mit dazu, dass die Klausuren in der Regel keine hohen Durchfallquoten haben – ein Argument, dass viele Befürworter des Systems anführen. Insbesondere für Studierende, die Nebenfächer wie Wirtschaftspolitik oder Öffentliches Recht belegen, zieht dieses Argument jedoch nicht. In diesen Fächern müssen auch Klausuren geschrieben werden, ohne dass es kostenlose Tutorien gibt, in denen Verständnisfragen beantwortet werden. Eine Vorlesung scheint also auszureichen, Fragen sind in privaten Lerngruppen zu behandeln. Alternativ ist ein kommerzieller Repetitor aufzusuchen, der insbesondere die Vorbereitung für die Klausur übernimmt.

Fest steht: Das Tutoriensystem am Institut für Politikwissenschaft steht

Einsparungen

in seiner jetzigen Form kurz vor dem Aus. Dabei geht es dem Institutsdirektor Prof. Dr. Klaus Schubert nicht um die endgültige Abschaffung, sondern um ein kurzfristiges Aussetzen des Systems um die Finanzen des Instituts in Ordnung zu bringen und so das Institut wieder handlungsfähig zu machen. Die konkrete Folge: Im Sommersemester 2003 wird es zwar im Grundkurs I »Einführung in die Politikwissenschaft« noch sieben (statt bisher 14) Tutorien geben, da die Tutorien im Grundkurs I derart in den Prüfungsordnungen manifestiert sind, dass sie nicht auf ein rudimentäres Minimum zurückgefahren werden können. Das sieht aber bei den weiteren drei Grundkursen anders aus. Hier wird es pro Grundkurs nur noch finanzielle Mittel für ein Tutorium geben. Inwieweit diese Gelder in ein Tutorium investiert werden oder genutzt werden, um Korrekturassistenten zu bezahlen ist dabei offen. Die wahrscheinlichste Folge wird sein, dass es in den Grundkursen II – IV keine Tutorien mehr geben wird.

Je weiter diese Problematik in das Bewusstsein der Studierenden gerät, umso stärker formiert sich Protest. Die Fachschaft plant Aktionen gegen den Wegfall der größtenteils beliebten Kurse. Doch aller Protest – vom »Streik« bis zur Lahmlegung des Instituts – löst das Problem nicht. Was benötigt wird ist eine kurzfristige Finanzierung der Tutorien zunächst einmal für das kommende Sommersemester. Möglich für eine solche

Finanzierung wäre es die Studierenden selbst mit einem Beitrag von rund 15 Euro pro Semester an der Bezahlung ihrer Tutorien zu beteiligen. Ein solche Finanzierung wird bei den Juristen für sogenannte »Arbeitsgemeinschaften« – das Pendant zu den Tutorien – bereits lange praktiziert. »Wir prüfen gerade die rechtlichen Möglichkeiten, um zur Finanzierung der Tutorien die Studierenden mit in die Verantwortung zu nehmen. Diesbezüglich läuft eine Anfrage am Fachbereich Rechtswissenschaft«, berichtet Institutsdirektor Schubert. Unbeantwortet ist dabei die Frage, inwieweit die Tutorien dann noch als Pflichtveranstaltung angeboten werden können. Die Bedenken der Studierenden zu der finanziellen Beteiligung an den Tutorien scheinen begründet. Diese Beteiligung wäre ein erster Schritt hin zu Studiengebühren und wird somit teilweise abgelehnt.

Auf lange Sicht hin plant der Direktor des Instituts für Politikwissenschaft die unabänderliche Festschreibung der Tutorien für alle vier Grundkurse in den Prüfungsordnungen, so dass diese nicht aus Sparzwängen heraus gestrichen werden können; festgeschrieben sind die Kurse bisher nur für den Grundkurs I, so dass dort im kommenden Semester wenigstens sieben Tutorien angeboten werden. Diese Festschreibung würde aber erst nach langen bürokratischen Akten in Kraft treten und kann sich nicht positiv auf die verfahrenere Situation im

anstehenden Sommersemester auswirken.

Wenig Verständnis dürfte die Diskussion über den Erhalt der kostenlosen Tutorien bei Studierenden aus anderen Fachbereichen erhalten, da beispielsweise neben den erwähnten Juristen auch die Wirtschaftswissenschaftler regelmäßig für sogenannte »FAGs« (Ferienarbeitsgemeinschaften) zur Kasse gebeten werden. Die Frage, warum diese Studenten bereit sind Kosten auf sich zu nehmen und andere von der Kostenfreiheit profitieren bleibt dabei unbeantwortet.

Eine Antwort gibt es aber auf die Frage, was geschieht, wenn am Institut für Politikwissenschaft keine Tutorien mehr angeboten werden: Dann werden sich private Veranstalter finden, die Repetitorien anbieten werden, die die Inhalte der Vorlesung vertiefen und die Teilnehmer auf die Klausur vorbereiten. Solche Repetitorien werden zwar freiwillig sein; aber Kosten werden sie bestimmt mehr als 15 Euro im Semester.

David Juncke



(dju)

Für den Semesterspiegel konnte die Redaktion den Autor Osman Engin gewinnen. Er wurde 1960 in der Türkei geboren, lebt seit 1973 in Deutschland. Er schreibt monatlich eine Satire für die Bremer Stadtilustrierte »Bremer« und arbeitet u. a. für Titanic, taz und Radio Bremen. Der SSP wird im Rahmen einer neuen Reihe regelmäßig seine Satiren veröffentlichen.

Zur Zeit sind folgende Bücher von ihm erhältlich:

Kanaken-Gandhi, satirischer Roman, dtv

Dütschlünd, Dütschlünd, übür üllüs, Satiren, Dietz-Verlag, Berlin.

Bald bei dtv: Oberkanakengeil, Satiren.

Urlaub mit Saddam

Meine Frau Eminanim und ich sind mit Mehmet zum Flughafen gefahren, um den ewigen Studenten in den Urlaub zu verabschieden.

»Mehmet, mein Sohn, guckst du kein Wetterbericht oder was? In Mallorca ist doch zur Zeit genauso kalt wie hier«, sagt Eminanim.

»Frau, für Mehmet ist das Wetter doch egal. Er wird sowieso nur am Ballermann rumhängen, so wie ich ihn kenne«, sage ich.

»Ich fahr' nicht nach Mallorca, ich fahre nach Bagdad« versetzt Mehmet uns in der Abflughalle einen kräftigen Schock.

»Bei Allah, bist du völlig bescheuert geworden? Wie kannst du denn ausgerechnet jetzt im Irak Urlaub machen?« schimpfe ich.

»Mehmet, mein Sohn, du weißt doch, dass bald die ganze Welt anfangen wird, das arme Land zu bombardieren?« sagt Eminanim.

»Ich muss unbedingt vor Ort gegen diesen sinnlosen Krieg der imperialistischen Amerikaner demonstrieren« wehrt sich der Betonkommunist.

»Mein Gott, dafür musst du doch nicht bis in die Wüste fahren«, ruft seine Mutter.

»Genau! Demonstriere doch in Deutschland, so wie alle anderen Kommunisten auch«, stimme ich meiner Frau zu.

»Vater, wir dürfen doch nicht zusehen, wie diese Amerikaner – nur um an das blöde Öl ranzukommen – das ganze unschuldige irakische Volk massakrieren!«

»Präsident Bush hat gesagt, das sei alles nur wegen Terrorismus und Völkermord und so. Dass es im Irak auch Öl geben soll, davon wüsste er nichts.«

»Das ist mir klar, dass dieser Bush von nichts 'ne Ahnung hat. Aber sein Vater weiß ganz genau, dass es dort Öl gibt. Deshalb schickt er doch seinen Sohn in den Irak.«

»Nimm dir doch mal ein Beispiel an ihm! Der Mann hat noch wenigstens Respekt vor seinem Vater!«

»Also wenn Terrorismus und Völkermord wirklich die wahren Gründe wären, dann müssten die Amerikaner als erstes Peking und Moskau bombardieren. China und Russland betreiben doch in Tibet und Tschetschenien schon seit Jahren staatlichen Terrorismus und systematischen Völkermord.«

»Mehmet, setze diesen Amerikanern doch nicht noch mehr Flöhe ins Ohr! Dass sie die armen Iraker bombardieren ist doch schon schlimm genug«, jammert Eminanim.

»Mutter, glaub mir, im Irak geht's wirklich nur ums Öl. Ich muss gegen diesen ungerechten Krieg der USA demonstrieren.«

»Dann iss doch einfach weniger Big-Mäcs und trink keine Coca-Cola mehr«, sage ich. »Damit schadest du den Amerikanern viel mehr, als mit so einer blöden Reise nach Bagdad.«

»Vater, es gibt bald kein Fleckchen auf dieser Erde, das die Amerikaner noch nicht bombardiert haben. Auf Japan haben sie damals sogar zwei

Atombomben gleichzeitig geschmissen. Und trotzdem tut diese Bush-Regierung so, als könnten sie überhaupt nicht kapieren, warum die ganze Welt sie nicht mag.«

»Mein Sohn, lass uns wieder nach Hause fahren. Ich finde, du bist etwas zu streng mit unseren amerikanischen Freunden. Schließlich haben sie doch der ganzen Menschheit diesen Globalismus zum Geschenk gemacht.«

»Waaas? Du findest diesen Globalismus-Schwachsinn auch noch gut oder was?«

»Also ich habe keine Ahnung was dieser Globalismuskram sein soll. Aber ich dachte, es würde dir gefallen, weil du doch für alles Mögliche eine große Schwäche hast, was auf -ismus endet.«

»Vater, Globalismus ist doch nur gut für das Großkapital. Genauso wie der Krieg gegen den Irak. Da freuen sich doch nur die großen Öl- und Rüstungskonzerne drauf.«

»Oh Gott, oh Gott, da kann doch alles mögliche passieren, ich will nicht, dass du dahin fährst«, weint meine Frau mittlerweile völlig ungehemmt.

»Das ist der unfairste Krieg der Geschichte«, versucht er seine Mutter zu überzeugen, »unschuldiges Blut wird fließen, damit Öl fließt! Ich muss das verhindern!«

»Mit so einer kleinen Tasche fliegst du dahin? Wie willst du dich dort schützen? Hast du auch genug Unterhosen und warme Pullover mitgenommen?« versucht sie seinen Koffer aufzu-

machen.

»Frau, denkst du, er wird sich während der Bombardierungen vor lauter Angst in die Hosen machen?« sage ich.

»Osman, sag doch mal was Vernünftiges, anstatt hier blöde Bemerkungen zu machen! Willst du jetzt hier wirklich nur zugucken, wie er in den Tod geht?«

»Mehmet, eins sage ich dir«, drohe ich ihm, »kette dich bloß nicht wieder wie in Belgrad an einen Brückenschiefer. Nach Bagdad komme ich bestimmt nicht, um dich loszusagen!«

»Ich melde mich, wenn ich da bin«, sagt er.

»Also gut, mein Sohn, wenn du unbedingt in den Irak willst, dann fahr doch dahin. Ich wünsche dir alles Gute«, rufe ich höchst pädagogisch und küsse ihn zum Abschied an seinem Achttagebart.

»Du Rabenvater! Wie kannst du nur?«, heult Eminanim und umarmt Mehmet. »Geh nicht weg, mein Baby. Bitte, ich flehe dich an, geh nicht weg!«

»Ich muss, Mutter. Ich darf in dieser Situation nicht schweigen«, sagt er

während er winkend durch die Kontrollen geht.

»Pass auf dich auf, mein geliebter Sohn, pass bitte auf dich auf! Ruf uns jeden Tag an«, weint Eminanim wie ein kleines Kind.

»Mehmet, mach diesen Kriegstreiber Bush fertig! Hau ihm auch für mich eins aufs Maul. Saddam aber auch«, rufe ich ihm hinterher und gehe ganz locker zum nächsten öffentlichen Telefon und rufe die Flughafen-Auskunft an:

»Verbinden Sie mich bitte schnell mit der Flughafenpolizei!«

Während ich Mehmet freundlich hinterher winke, sage ich genauso freundlich in den Apparat:

»Stürmen Sie sofort die Maschine nach Damaskus. Ein Schläfer hat sich mit einer Bombe rein geschlichen. Der blutrünstige Top-Terrorist heißt Mehmet Engin.«

Osman Engin

PS: Osmans Geschichten - von ihm selbst gelesen - sind auch bei Funkhaus Europa zu hören. Immer Donnerstagsmorgens in »Cosmo« um circa



(R.Lang)

8.30, UKW 103,3 in NRW.

Und danach im Internet: www.funkhaus.europa.de

Schurkenpläne

Über die Neuausrichtung (nicht nur) der US-amerikanischen Außen- und Militärpolitik

Im militärpolitischen Establishment der Bundesrepublik geht es zur Zeit hoch her. Kein Wunder! Muß doch aus der von vornherein absehbaren aktiven Beteiligung der bundesrepublikanischen Streitkräfte am – längst begonnenen – Irakkrieg angesichts ihrer Vertuschung zugunsten eines rotgrünen Wahlsieges propagandistisch eine angebliche Verteidigung gegen den internationalen Terrorismus, wenn nicht gar eine »passive Beteiligung« im Rahmen von Bündnisverpflichtungen u.a. gegenüber dem NATO-Partner Türkei gedreht werden.

In dieser Situation lieferte der aktuelle »Verteidigungs«-Minister Peter Struck quasi die Neubegründung seines Amtes mit der Umbenennung der Aufgaben der Bundeswehr: Künftig

soll die angebliche »Krisenbewältigung« in aller Welt die als veraltet geltende territoriale Verteidigungsfähigkeit als Auftrag der Bundeswehr ersetzen. Im Rückgriff auf das alte Vokabular prägte der Minister gar das Wort: »Die Verteidigung der Bundesrepublik fängt am Hindukusch an.« Eine entsprechende Neuformulierung soll sogar ins Grundgesetz, und zwar im Frühjahr 2003, so Struck. Der Widerspruch ließ nicht lange auf sich warten, denn die Anti-Kriegs-Bewegung ist so wach wie selten: Der neu formulierte Auftrag für die Bundeswehr verstößt gegen den im Grundgesetz verankerten eigentlichen Verteidigungsgedanken – und darüber hinaus gegen den Zwei-plus-Vier-Vertrag, der der Bundesrepublik »Friedfertigkeit« auferlegt. Doch in offi-

ziellen Bundeswehrdokumenten ist die neue Aufgabenstellung längst nachzulesen. Ein Ablenkungsmanöver? Eine Scheindebatte?

Vermutlich, denn bereits in der Amtszeit von Volker Rühle (CDU), später dann während des völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieges 1999, spätestens aber seit dem skandalösen Abgang von »Bin Baden« (Strucks Vorgänger Rudolf Scharping, beide SPD) läßt sich beobachten, dass das Amt des sog. Verteidigungsministers gleichermaßen das eines Propagandaministers und eines Interessenvertreters der Rüstungsindustrie ist. Als Beobachter der bundesrepublikanischen Militärpolitik kann man sich des Eindrucks nicht länger erwehren, dass die Sau bereits von der Kette ist, spricht: dass die Generalität und die

Rüstungsindustrie längst das Ruder übernommen haben. Dabei kann man trefflich darüber streiten, ob hier Wirtschafts- oder politische bzw. (bündnis-) strategische Interessen im Vordergrund stehen. Veröffentlichungen über dieses Insiderwissen sind und bleiben Mangelware, und dies trotz der von Regierungsseite geäußerten Gegnerschaft gegen den aktuellen Irakkrieg – oder gerade deswegen?!

Ganz anders sieht die publizistische Lage in Bezug auf die US-Militärpolitik aus: Dieses Thema boomt seit dem Amtsantritt von George W. Bush. Oder sollte es richtiger heißen: seit dem Amtsantritt von Pentagon-Chef Donald Rumsfeld und seines »Stellvertreters« Paul Wolfowitz? Die beiden haben nicht erst im Golfkrieg von 1991 maßgeblich an der US-Militärpolitik mitgestrickt. Rumsfeld hat sich schon als Falke während der Präsidentschaft Ronald Reagans durch sein Engagement für ein Raketenabwehrsystem (die damaligen SDI-Pläne) einen Namen gemacht, und Wolfowitz ist keineswegs als Subalterner zu sehen: An der aktuellen »Interventionspolitik«, wie Krieg heutzutage genannt wird, haben beide fleißig mitgebastelt. Mit ausführlichen Zitaten macht dies Jürgen Wagner in seinem zweifellos selbst nach Kriegsbeginn noch aktuellen Sachbuch über die »US-Außenpolitik als Krisenfaktor« mit dem Titel »Das ewige Imperium« anschaulich.

Bereits zu Beginn führt Wagner in die Theorie des »Offensiven Realismus« ein, deren Vertreter seit dem vor US-Gerichten erstrittenen Wahlsieg von Junior Bush an der Spitze des Pentagon sitzen, der am 11. September 2001 angegriffenen Schaltzentrale des US-Militärs. Im Gegensatz zu den »defensiven Realisten«, die »den zentralen Antrieb staatlichen Handelns im Streben nach Machterhalt sehen, geht der Offensiv Realismus davon aus, dass die optimale Sicherheit eines Staates am effektivsten durch die Anhäufung von Macht erreichbar ist. Je größer die Machtasymmetrie zwischen den Konfliktparteien, desto höher ist die Chance, dass der mächtigere Staat seine Interessen durchsetzen kann, ohne dass dies zu einem Krieg führt. Macht ver-

ringert somit die Gefahr bewaffneter Konflikte und ermöglicht gleichwohl die Wahrung der eigenen Interessen. Da die größte Sicherheit dadurch erreicht wird, der mächtigste Staat des (Welt-) Systems zu sein«, so die Schlussfolgerung weiter, »streben alle Länder danach, durch die Anhäufung und Ausübung von Macht eine hegemoniale Position zu erlangen.« (Wagner: 14)

Der durch seinen provokativen, hochideologischen, dennoch in US-Regierungskreisen relevanten, 1993 in der Fachzeitschrift *Foreign Affairs* veröffentlichten Artikel »The Clash of Civilizations?« einem größeren Kreis bekannt gewordene Politikprofessor Samuel P. Huntington beschreibt »Macht« als etwas, das »einen Akteur befähigt, seine Umwelt entsprechend seinen Interessen zu gestalten.« (Zit. nach Wagner: 13)

Hieran wird deutlich, was die Herren im Pentagon dazu verleitet, nach den Anschlägen vom 11. September die Rüstungsausgaben bzw. den Rüstungsvorsprung der USA vor potentiellen Konkurrenten im Weltsystem der Nationalstaaten derart hochzutreiben. Doch dem populären Kriegsgegner und Intellektuellen Noam Chomsky zufolge führt dies nicht gerade dazu, die Ursachen der Katastrophe vom 11. September zu verstehen, was seiner Auffassung nach eine unabdingbare Voraussetzung dafür wäre, dafür zu sorgen, dass sich solche Anschläge nicht wiederholen.

Ein weiterer Fehler, der in Zukunft zu Kriegen und vergleichbaren »asymmetrischen Anschlägen« führen wird, ist Wagner zufolge der, dass die Strategen und PolitikerInnen in der US-Regierung ihren Staat als hegemon (legitime Führerschaft) wahrnehmen, gewissermaßen als Beschützer einer gerechten Weltordnung, während der überwiegende Teil der Weltbevölkerung ihn als arke (Kontrolle), zuweilen sogar als roher, rechthaberischer Tyrann empfindet. (Vgl. ebenda: 11) Wenn der Irakkrieg erst in aller Härte und nach dem Muster des Afghanistankrieges geführt werden wird – mit der frisch von US-Militärs ausgerüsteten und ausgebildeten, in der Hauptsache kurdischstämmigen »Nordallianz« u.a. gegen

die Zivilbevölkerung in den Städten des Irak – welches der beiden Bilder wird in den Augen der meisten Menschen dieses Planeten dem Tun der US-Administration wohl am ehesten entsprechen?

Doch zurück zum Text: Jürgen Wagner baut sein Buch logisch auf. Das erste Kapitel widmet sich den »außenpolitischen Präferenzen der USA« und beginnt mit der Einführung in die o.g. Theorie. Von hier aus werden die Merkmale des Systems der internationalen Beziehungen erläutert, wobei die Leitbegriffe »Unilateralismus«, »Globalisierung« und die vielzitierte »Schurkenstaatendoktrin« erörtert werden. Schließlich beschreibt Wagner die Entstehung terroristischer islamischer Gruppen als Konsequenz aus der US-Politik der letzten Jahrzehnte.

Im zweiten Kapitel mit dem Titel »Das Imperium schlägt zurück« wartet der/die LeserIn vergeblich auf eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Imperialismus-Theorien. Stattdessen geht es politikwissenschaftlich weiter und es kommt – wie angekündigt – Schlag auf Schlag: Die Strategie der Bush-Krieger im Anschluß an die Anschläge vom 11. September wird bis ins Detail auseinandergenommen, wobei die Anschläge als »Auslöser eines längst beschlossenen Krieges« bezeichnet werden. Der Autor bleibt den Beweis anhand umfangreicher Quellenarbeit nicht schuldig. Der wahre Charakter des Afghanistankrieges wird als imperialer Feldzug zum Aufbau einer unwiderstehlichen US-Präsenz in den rohstoffreichen zentralasiatischen Staaten beschrieben. Und die Vorbereitung weiterer Kriege einschließlich der notwendigen Propaganda-Tricks wird detailreich geschildert – bis hin zum Krieg gegen den Irak. Es fallen Schlagworte wie »Blut für Öl« und »Great Game«, und die Motive »Machtmaximierung« und »Zugang zu Rohstoffen und Märkten« werden durch Zitate einschlägig bekannter US-Politiker, Militärberater und JournalistInnen vielfach belegt. Während er die aktuellen militärpolitischen Pläne der US-Regierung (»Präventivkrieg«, »Raketenabwehr« etc.) offenlegt, liefert Wagner das reichhaltige Ergebnis seiner offenkundig monate-

wenn nicht jahrelangen Zeitschriften- und Internetrecherche, wenn auch nicht durchgängig mundgerecht.

Die beiden letzten Kapitel, die sich weniger mit der Analyse und der Deutung, als vielmehr mit möglichen »Lösungsansätzen« beschäftigen, fallen gegen die mühevollen Arbeit zu Beginn der Veröffentlichung etwas ab. Man kann sich angesichts der katastrophalen weltgesellschaftlichen Verhältnisse und aufgrund der aktuellen Politiken (s.o.) die Entwicklung der EU zu einem »progressiven Projekt« (Wagner: 164) nun einmal nicht vorstellen. Und auch bei der Zukunft der NATO kann Wagner nicht zaubern und aus einer seit 1999

für ihren miesen Charakter bekannten kriminellen bzw. »terroristischen Vereinigung« eine Friedenstruppe machen. NATO und EU gehören nicht zuletzt wegen der aktuellen Pläne über sog. schnelle Eingreiftruppen nach wie vor abgeschafft, und wir KriegsgegnerInnen sollten das auch immer wieder sagen resp. schreiben und uns nicht dazu verleiten lassen, Politikberatung zu betreiben. Dies dem Autor des vorliegenden Buches vorzuwerfen, ginge allerdings zu weit, denn er ist tatsächlich eher bemüht, Alternativen zur gängigen Politik zur Diskussion zu stellen, statt sich in einem Schönschreiben der künftigen menschheitlichen Entwicklung zu

verlieren. Es gibt immer Alternativen, und sie müssen auch aufgezeigt werden (dürfen)!

Alles in allem wirkt Wagner mit seiner Darstellung der US-Außen- und Militärpolitik außerordentlich kenntnisreich und macht die Beschäftigung mit Politik wieder interessant – zumindest für Menschen, die politikwissenschaftliche Bücher lesen mögen.

Edo Schmidt

Jürgen Wagner: Das ewige Imperium. Die US-Außenpolitik als Krisenfaktor. VSA-Verlag, Hamburg 2002, 171 Seiten.

Der lange endgültige Krieg

Wie Hass gesät und geerntet wird

»Frage: Ist der »Krieg gegen den Terror« ein gerechter Krieg?

Antwort: Falsche Frage. Verwechslung von Ursache und Wirkung.

Frage: Welches sind die Gründe für den Terror?

Antwort: Jetzt stellen Sie die richtige Frage. Antwort im Buch!«

Und zwar in einem ganz besonderen Buch, nämlich dem eines »Enfant terrible« der amerikanischen Intellektualität. Die Rede ist von Gore Vidal, Enkel eines Senators und verwandt mit dem früheren Vizepräsidenten Al Gore sowie einer der schärfsten Kritiker des amerikanischen Establishments. Das obige Zitat findet sich auf seiner im letzten Jahr erschienenen Aufsatzsammlung mit dem Titel: »Ewiger Krieg für ewigen Frieden. Wie Amerika den Hass erntet, den es gesät hat«.

Bücher, deren Titel bereits vermuten lassen, statt auf fundierte Kenntnisse und Analysen auf dumpfe antiamerikanische Ressentiments zu stoßen, kann ich eigentlich nicht besonders gut leiden. Reizvoll erscheinen sie mir allerdings dann, wenn sie von Amerikanern selbst verfasst sind. Und

wenn dieser Amerikaner dann auf der einen Seite Redenschreiber für John F. Kennedy war und sich 1960 erfolglos um einen Sitz im Senat beworben hatte, auf der anderen Seite mit seinem dritten Roman über einen Homosexuellen einen derartigen Skandal auslöste, dass die »New York Times« ankündigte, seine nächsten fünf Romane zu ignorieren, kann ich gar nicht mehr anders, als mir mit dessen Buch zielstrebig den Weg zur Kasse des Buchladens zu bahnen.

Nachdem ich die 132 Seiten des Buches in wenigen Tagen verschlungen habe, kann ich nur feststellen, dass es sein Geld wert war. Vidal verpackt einwandfrei recherchierte Sachkenntnis in beißende erstklassige Satire, die einen dazu bringt, das Buch nicht mehr aus der Hand zu legen. Ein Lesevergnügen, bei dem man nach Beendigung der Lektüre

Daten und Fakten im Kopf behält wie selten nach dem Bearbeiten eines wissenschaftlichen Aufsatzes.

So z.B., dass 1950 Steuern auf Unternehmensgewinne in den Vereinigten Staaten noch 25% des Bundeshaushalts ausmachten, 1999 dagegen nur noch 10,1% (so in Vidals fiktivem Brief an den designierten Präsidenten 2002).

Oder dass am 19.04.1993 das Anwesen einer Sieben-Tags-Adventisten-Sekte, der sogenannten Branch Davidians, unter Verstoß gegen den Posse Comitatus Act (dieses Gesetz untersagt den Einsatz von Militär gegen Zivilisten) nach 51-tägiger Belagerung von Panzern der texanischen Nationalgarde und der Joint Task Force Six der Armee mit einem Kampfgas, das für Kinder tödlich und für Erwachsene extrem gesundheitsschädlich ist, beschossen und anschließend von Scharfschützen geräumt wurde, wobei das Gebäude in Brand gesetzt und danach dem Erdboden gleichgemacht worden war. Mehr als 80 Sektenmitglieder wurden getötet, darunter 27 Kinder. Angebliches Vergehen: Herstellung der Droge Crystal Meth sowie Kinderschändung – völlig unbewiesene Behauptungen.

Vidal beschäftigt sich in seinen Aufsätzen mit dem Mythos Timothy McVeigh, welcher eine Bundesbehörde zerstört und damit 168 Menschen getötet hatte, sowie den Konsequenzen des 11.09.01 und versucht,



Mitglieder der Sieben-Tags-Adventisten-Sekte

(Internet)

darzulegen, aus welchen Gründen es seiner Ansicht nach zu Terroraktionen wie diesen kam. Besonders interessant für eine(n) Außenstehende(n) ist dabei, dass er oft keine außenpolitische, sondern eine innenpolitische Perspektive bezieht, zu welcher der/die deutsche Zeitungsleser(in) normalerweise keinen Zugang findet.

So erzählt er z.B. von den Folgen, die der »War against Drugs«, welcher dem »War against Terrorism« vorherging, für Teile der amerikanischen Bevölkerung hatte. Dazu zitiert er aus einem 1994 erschienen Buch von James Bovard mit dem Titel »Lost Rights«, in welchem Material über den aussichtslosen Kampf gegen Drogen und Terrorismus und dem damit einhergehenden Kampf gegen das amerikanische Volk zusammengetragen worden sind.

So brachen 1991 z.B. maskierte Polizisten in Garland, Texas, in einen Wohnwagen ein und traten die Tür zum Schlafzimmer ein, in dem Kenneth Baulch neben seinem 17 Monate alten Sohn geschlafen hatte. Ein Polizist behauptete später, Baulch sei eine tödliche Bedrohung gewesen, da er einen Aschenbecher in der Hand hatte, und er habe ihn mit einem finalen Rettungsschuss in den Rücken getötet. Dies war eine »normale« Hausdurchsuchung im Rahmen des Antidrogenkampfes.

Oder März 1992: Da brachte ein polizeiliches Sondereinsatzkommando Robin Pratt um, eine Mutter aus Everett, Washington, obwohl der Wohnungseinbruch der Verhaftung ihres Mannes galt (dieser wurde spä-

ter freigelassen, da sich die Behauptungen, auf denen der Haftbefehl beruhte, als falsch erwiesen hatten).

Vidal zitiert die »Seattle Times«, welche beschreibt, wie Robin Pratt, die mit ihren beiden Kindern auf dem Boden lag, den Kopf hob und darum bat, den Kindern nichts zu tun, von einem Polizisten in den Hals geschossen wurde. Laut dem Anwalt der Familie lebte sie noch einige Minuten, während derer sie mit dem Gesicht auf den Boden gepresst wurde und Handschellen angelegt bekam.

Solche und ähnliche Erkenntnisse aus Vidals Buch treiben einen direkt aus dem Lesesessel an die frische Luft, wo man erst mal tief ein- und ausatmen muss. Dennoch ist keiner seiner Aufsätze, die vor allem in der Zeitschrift »Vanity Fair« erschienen sind, eine endlose polemische Klagetirade auf die Unhaltbarkeit der Zustände in den USA. Zugegeben, mehr als einmal überschreitet Vidal in seiner Polemisierung Grenzen, wo er meiner Auffassung nach hätte sachlicher bleiben können. Andererseits hat man oft das Gefühl, viele Fakten und Aussagen ohne eine gehörige Portion Ironie und Überspitzung kaum ertragen zu können.

Aufgrund der momentanen Situation, in der ich sicher nicht die einzige bin, die sich immer wieder die Frage stellt, was außer strategischen und materiellen Interessen Donald Rumsfeld und Co. dazu bewegt, den Krieg gegen den Irak als Dreh- und Angelpunkt der amerikanischen Politik zu begreifen, ein letztes längeres Zitat

aus Vidals bereits genanntem Aufsatz »Ein Brief (an den designierten Präsidenten) – bitte zustellen«, der im Dezember 2000 in »Vanity Fair« erschien, bevor der Gewinner der Wahl feststand:

»Diesen Sommer haben die Kriegsherren aus dem Pentagon dem Verteidigungsminister ihr Memorandum zu den Programmzielen vorgelegt. Gewöhnlich handelt es sich dabei um einen höflichen Wunschzettel, auf dem steht, welche Präsente sie gern unter dem Weihnachtsbaum auspacken würden. Im September klang dieser Wunschzettel eher wie ein barchisches Ultimatum. Ein Offizier, dem dieser Ton nicht gefiel, formulierte es so: »Das Budget, das die militärische Führung fordert, richtet sich nicht nach den zur Verfügung stehenden Mitteln, sondern nach der Militärstrategie.« Wenngleich die Strategien der vereinten militärischen Führung, die während der letzten fünfzig Jahre im Krieg erprobt wurden, regelmäßig in eine Katastrophe mündeten, bedeutet »Militärstrategie« in diesem Zusammenhang einfach, der Regierung pro Jahr 30 Millionen Dollar über die 51% hinaus abzunütigen, die bereits jetzt im Staatsetat für Kriege vorgesehen sind (...) Einzig die amerikanischen Konzerne erfreuen sich der Vertretung durch den Kongress und den jeweiligen Präsidenten, für die sie mit der Übereinkunft bezahlen, dass niemand voll zur Rechenschaft gezogen wird, weil denjenigen, die die Regierung gekauft haben, auch die Medien gehören. Mit dem Aufbegehren der Prätorianergarde im Pentagon treten wir nun in eine neue gefähr-

liche Phase. Zwar verunglimpfen wir regelmäßig andere Gesellschaften als Schurkenstaaten, doch wir selbst sind zum größten Schurkenstaat überhaupt geworden. Wir halten uns nicht an geschlossene Verträge. Wir strafen die internationalen Gerichtshöfe mit arroganter Nichtachtung. Wir schlagen einseitig zu, wo immer es uns passt. Wir erteilen den Vereinten Nationen Befehle, zahlen aber unsere Beiträge nicht (...). Herr designerter Präsident, wenn Sie jetzt daran gehen, den Kriegsherren in den Arm zu fallen, besteht noch eine gewisse Chance, Veränderungen herbeizuführen.

Mindern Sie die Militärausgaben (...). Seien Sie relevant(...)

Vidal versah den Artikel mit einem Sternchen und schrieb: »Mittlerweile hat der Herr Präsident, gewählt vom Obersten Bundesgericht (mit 5 zu 4 Stimmen), nicht nur einen Vizepräsidenten, der früher einmal Verteidigungsminister war, sondern auch einen weiteren ehemaligen Verteidigungsminister wieder in sein altes Amt eingesetzt und außerdem einen General zum Außenminister ernannt; also hat er uns alle verraten. Wir befinden und nun, erklärt uns der Präsi-

dent, in einem ›langen Krieg‹ – vermutlich endgültig.«

Dörthe Kuhlmann

Gore Vidal: Ewiger Krieg für ewigen Frieden. Wie Amerika den Hass erntet, den es gesät hat. Hamburg 2002



Autor Gore Vidal (Internet)

»Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!«

Wie die Bundesrepublik gegen den Irakkrieg ist und dennoch mitkämpft...

»Für die Zukunft sehe ich die erhebliche Gefahr, dass die Bundesregierung, Koalition und Generalität nach den Gesetzen der Salamatik Anlässe suchen und Anlässe schaffen werden, um die Barrieren abzuräumen, die es gegenüber der Außenpolitik des vereinigten Deutschland noch gibt.«

(Joseph Fischer in: »Die Woche vom 30.12.1994)

Dieses Zitat des späteren Bundesaußenministers und populären Propagandisten für den NATO-Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (»ein zweites Auschwitz verhindern« usw.) verdeutlicht, welche Wandlung die bundesdeutsche Außen- und Militärpolitik sowie einer ihrer heutigen Protagonisten seit Beginn der Neunziger Jahre erfahren haben. Aus dem gesellschaftlichen Konsens aufgrund der Erfahrungen mit dem NS-Staat: »Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!« ist heute scheinbar die Losung »Nie wieder Krieg ohne uns!« geworden. Seit 1993, als die Bundeswehr zum

ersten Mal Kampfverbände außerhalb des Bündnisgebietes der NATO stationierte – damals wurden in Somalia mehrere Hundert deutsche Soldaten im Rahmen einer UNO-Mission sieben (!) indischen Soldaten zu deren »Unterstützung« beigeordnet – kam es immer wieder zu Militäreinsätzen der Bundeswehr im Ausland. Keiner dieser Einsätze bzw. Kriegseinsätze entsprach dem eigentlichen Verteidigungsauftrag, der der Bundeswehr dem Grundgesetz zufolge auferlegt ist. Der aktuelle Verteidigungsminister hat deshalb bereits eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes angekündigt, um den »rechtlichen Notstand« der Bundesregierung zu beenden.

Mit den oft als »humanitär« bezeichneten Einsätzen wurde aber immer auch das Ziel verfolgt, die bundesdeutsche Bevölkerung daran zu gewöhnen, daß »deutsche Interessen« auch militärisch durchgesetzt werden müssten. Die zahlreichen Militärmis-sionen der letzten Jahre lassen deutlich erkennen, wie die jeweiligen Bundesregierungen die »Normalisierung« deutscher Großmachtpolitik

vorangetrieben haben.

Zwar hat die rotgrüne Regierung mit ihrem »Wahlversprechen« im letzten Jahr, sich nicht an einem Irakkrieg beteiligen zu wollen, erfolgreich ihre Herrschaftsposition behaupten können. Der Hinderungsgrund ist jedoch der, dass bei der arg strapazierten Truppe die Kapazitätsgrenzen langsam erreicht sind. Außerdem wollen die US-Militärs lieber mit Verbündeten zusammenarbeiten, mit denen sie gemeinsame Erfahrungen gemacht haben, und die die gleiche Sprache sprechen. Und dennoch beteiligt sich die Bundesrepublik aktiv an diesem längst stattfindenden Krieg, wenn auch vorerst nur in der zweiten Reihe:

- AWACS-Flugzeugen der NATO ihren Dienst angeblich nur »über der Türkei« tun, leiten die Bomberflüge bei den Angriffen auf den Irak zu ihren Zielen.
- In Kuwait befinden sich seit über einem Jahr ABC-Spürpanzer der Bundeswehr. Sie übernehmen eine Schutzfunktion für die dort stationierten US-Soldaten, die am Krieg gegen den Irak teilnehmen.
- Die deutschen Marineeinheiten, die

rund um Ostafrika die Seewege kontrollieren, »sichern« nicht nur internationale Rohstofftransportrouten, sondern auch die Nachschubwege ins Aufmarschgebiet der US-Truppen und ihrer britischen Waffenbrüder am Golf.

- Einige Transportflugzeuge der Bundeswehr, die mit medizinischer Einrichtung ausgestattet sind (sog. MedEvac-Airbusse), stehen bereit, um verletzte US-Soldaten aus der Golfregion in die Bundesrepublik zur weiteren Behandlung auszufliegen.
- Die deutschen »Patriot«-Luftabwehrraketen, die in Israel und in der Türkei stationiert sind, sollen diese Länder vor möglichen Vergeltungsschlägen in Form von Raketenangriffen der sich wehrenden irakischen Armee im Falle eines neuen Golfkrieges schützen. (Der Irak griff Israel bereits einmal direkt mit Raketen an: Im Golfkrieg von 1991. Saddam Hussein wollte die Israelis zu einem Militärschlag provozieren, um dieses Land in den Krieg hineinzuziehen und um in der arabischen Welt antiisraelische Ressentiments anzusprechen.) Durch diesen Beitrag wird der Irakkrieg erst führbar gemacht, da so die Befürchtungen und berechtigten Vorbehalte wichti-

ger Verbündeter der »Anti-Saddam-Koalition« gegenüber diesem Krieg ausgeräumt werden sollen. Das Spiel mit den »Patriots« hat aber vor allem in Bezug auf die Bundesrepublik propagandistische Züge.

- Die Bundesrepublik ist als Militärkolonie der USA das bedeutendste Land in Europa. Hier befindet sich nicht nur der größte europäische Stützpunkt der US-Airforce, sondern auch die Kommandozentrale der in Europa stationierten US-Truppen EUCOM sowie über siebenzig weitere Militäreinrichtungen. Während des Irakkrieges übernehmen Bundeswehrsoldaten die Überwachung dieser Stützpunkte und entlasten so die US-Kapazitäten, die dringend für diesen Krieg benötigt werden.
- Auch in Afghanistan übernehmen Einheiten der Bundeswehr vermehrt Aufgaben der US-Streitkräfte, um diese für den Irakkrieg zu entlasten. Da wäre zunächst das Kommando Spezialkräfte (KSK), das die Aufgabe der Special Forces der US-Armee übernommen hat, noch immer kämpfende Angehörige der al Qaida sowie der Taliban aufzuspüren und zu bekämpfen. Die Special Forces wurden bereits z.T. in die Golfregion abgezogen.

- Und schließlich übernimmt in diesen Tagen das Deutsch-Niederländische Korps die Führung der sog. internationalen »Schutztruppe« ISAF in Afghanistan. Die Funktion der »lead nation« hatten zuvor die US-Streitkräfte sowie die türkischen Militäreinheiten ausgeübt, denen nun während des Irakkrieges neue Aufgaben zukommen...

Das Deutsch-Niederländische Korps verfügt nicht über besonders viele Soldaten. Es ist aber als sehr wichtige Kommandostruktur zu verstehen, die in den vergangenen Monaten im Rahmen einer NATO-Umstrukturierung zu einem High Readiness Forces Headquarter »umgebaut« wurde. Sie steht seit kurzem der NATO als Kommandoebene für sog. Schnelle Eingreiftruppen zur Verfügung, die innerhalb von sieben bis 30 Tagen an jeden Ort der Welt (!) verschoben werden können. Somit wird künftig die Bundesrepublik ständig Soldaten in Kampfeinsätze schicken. Und was gibt es besseres als den »Anti-Terror-Kampf« in Afghanistan, um die bundesdeutsche Öffentlichkeit an diesen Umstand zu gewöhnen?

Edo Schmidt

Lokale Anzeigenbörse im Internet -leichter zu bedienen als die Tageszeitung

Das Internet bietet viel Nutzloses und Kompliziertes – dass es auch anders geht, zeigt der neue virtuelle Marktplatz für die Stadt Münster. Die Anzeigenbörse www.ichsucheimuenster.de funktioniert so simpel wie ein schwarzes Brett: Wer etwas kaufen oder verkaufen möchte, wer einen Job oder eine Wohnung sucht bzw. anzubieten hat, oder wer schlicht seine Freunde grüßen will, tippt über ein elektronisches Formular seinen Annoncentext ein, der umgehend unter der entsprechenden Rubrik veröffentlicht wird.

Die Macher der Seite haben auf jeden

elektronischen Schnickschnack verzichtet und die ganze Prozedur ultimativ einfach gestaltet. Es gibt keine umständliche Registrierung, ein Passwort ist nicht notwendig, und auch komplizierte Bedienungs- oder Sicherheitsinstruktionen sucht der Nutzer vergeblich. Sensible Zahlungsinformationen brauchen nicht erhoben zu werden: Bis auf weiteres sind die Inserate kostenlos.

Das Konzept des neuen lokalen Anzeigenforums möchte das Internet endgültig alltagstauglich machen: Auch Internetanfängern und Gelegen-

heitssurfern soll die vereinfachte Bedienung alle Steine des Anstoßes aus dem Weg räumen. Tatsächlich reichen drei Klicks aus, um eine Annonce online zu stellen.

Nutzer können in fünf Rubriken inserieren oder suchen: Kaufen + Verkaufen, Jobben, Wohnen, Leben + Lieben, Service. Seit Dezember 2002 ist www.ichsucheimuenster.de online. Der Besuch lohnt sich – ausprobieren kostet nichts...

Dirk Lütke Harmann

Links - pragmatisch - rechts?

Eine Standortbestimmung

Es sind zwei zentrale Tendenzen, die uns der diesjährige Wahlkampf um die Sitze im Studierendenparlament aufgezeigt hat. Unübersehbar haben einige Listen verstärkt damit geworben pragmatisch zu sein. Ein Versuch also, sich der Einordnung ins beliebte Rechts-Links-Schema zu entziehen, und damit auch dem, was mit links oder rechts verbunden ist. Gleichzeitig wurde Unabhängigkeit zu einem Schlüsselbegriff, insbesondere die Unabhängigkeit von Parteien. Somit hält der überall greifbare Trend, sich von Parteien zu distanzieren und sich aus dem klassischen Politspektrum zu lösen, auch verstärkt Einzug in die Hochschulpolitik.

Ohne Frage, es ist begrüßenswert, wenn sich Studierende ohne Parteihintergrund politisch an der Hochschule engagieren. Auf den ersten Blick lässt es sich unabhängig von Parteien auch viel freier und pragmatischer Politik machen. Muss man doch keine Rücksicht nehmen auf eine Mutterpartei, die Gelder vermeintlich nur dann rausrückt, wenn auch die vertretenen Inhalte nicht allzu unbequem sind.

Ich möchte mich an dieser Stelle als Parteimitglied zu erkennen geben, in einer der beiden – wie es so schön heißt – großen Volksparteien. Ähnlich der Mutterpartei vertritt auch meine Hochschulgruppe eine Reihe von Werten wie Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Emanzipation, um nur einige zu nennen. Inwiefern meine Partei diese Werte im politischen Alltag umsetzt ist eine Frage für sich, aber diese Wertgrundlage halte ich sowohl für eine Partei als auch für eine Hochschulliste für unerlässlich. Nun stelle ich zunehmend fest, dass Werte, wie ich sie oben aufgezählt habe, nicht nur in an der Hochschule

häufig als Ideologien abgewertet werden, von denen es gilt sich zu distanzieren. Das halte ich für falsch und bedenklich.

Indem wir die Grundwerte aus der (Hochschul-)politik verdrängen, reduzieren wir die Vertretung der Studierenden auf eine reine Interessenvertretung. Eine Interessenvertretung die ungeachtet politischer Zusammenhänge versucht, das Beste für ihre Klientel herauszuschlagen. Es geht uns aber nicht um die Verhinderung von Studiengebühren, weil wir als gewählte Vertreter der Studierenden die Aufgabe haben, unsere Lobbygruppe vor höheren Abgaben in irgendeiner Form zu bewahren. Vielmehr geht es darum, den gesellschaftlichen Kontext zu betrachten. Studiengebühren müssen verhindert werden, um soziale Barrieren beim Bildungszugang möglichst niedrig zu halten, damit für jeden Menschen die Möglichkeit erhalten bleibt zu studieren. Das hieße den Wert der Chancengleichheit weitestgehend zu verwirklichen.

Wer nun Werte als Ideologien abqualifiziert (obwohl Ideologien auch nicht immer böse sein müssen) und vorgibt, pragmatisch zu sein, droht in die politische Beliebigkeit abzudriften, denn auf welcher Grundlage beruhen dann politische Forderungen? Noch schlimmer, es gehen Orientierungspunkte verloren, die für die Ableitung politischer Ziele unbedingt notwendig sind. Wer sich zu Grundwerten bekennt, macht die Grundlage seiner politischen Entscheidungen transparent und damit auch angreifbar. Wer Pragmatismus als Ziel formuliert, kann sich neben Einzelzielen für alles und nichts einsetzen.

Bei der Erarbeitung eines Grundsatzprogramms haben wir als Hochschul-

liste einige Grundwerte formuliert. Mich mit diesen Werten auseinanderzusetzen erfordert Mühe und wirft immer dann Konflikte auf, wenn es konkret um politische Entscheidungen geht. Dann gilt es oft vor dem Hintergrund von Grundüberzeugungen pragmatisch zu sein. Pragmatismus aber ist kein Wert an sich und kann folglich nie Richtschnur politischen Handelns sein kann. Ein propagierter Pragmatismus oder Sachorientierung gibt somit etwas vor, was in meinen Augen für eine gewählte Vertretung nicht möglich ist: Politik machen ohne Wertfundierung.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Ich glaube nicht, dass Mitglieder irgendeiner Partei oder Liste bessere oder stärkere Wertefundamente besitzen als andere. Eine Parteizugehörigkeit zwingt jedoch dort, wo Politik gemacht wird, stärker zur Bekennung zu und der Auseinandersetzung mit Grundüberzeugungen. Und nicht nur deshalb ist es wichtig, dass politisches Engagement auch weiterhin in Parteien stattfindet, sondern auch weil sie der Ort sind, an dem politisch am meisten verändert werden kann.

So hoffe ich, dass sich der beschriebene Trend wieder umkehrt und wir die Hochschule repolitisieren können. Nur so können die Hochschulen wieder zum Motor gesellschaftlicher Veränderung werden, wovon heute leider keine Rede mehr sein kann.

Daniel Thirauf

Zu: »Aufregung im Sandkasten« von Michael Jung (SSP Nr. 339)

Lieber Sandkasten als Stillstand

»Weiter so!« ist jedenfalls kein kreativer Lösungsansatz.

Im letzten Semesterspiegel wurde mir vorgeworfen, ich hätte bei meinen schwarz – grünen Planspielen die Realität etwas zu kurz kommen lassen. In Berlin jedenfalls wolle man davon »wohl vorläufig nichts wissen«. Machtstreben könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass »die Politikvorstellungen von CDU- und Grünen-Wählern doch etwas weiter auseinanderliegen als die strategischen Pläne ihrer Funktionäre.«

Abgesehen vom inneren Widerspruch der letzten beiden Thesen wundert es mich doch, mit welcher Vehemenz eine Idee dann, wenn sie nicht der gängigen Norm entspricht, abgelehnt wird. Weil es schließlich so nicht geht. Ideologisch nennt man dieses Verhalten übrigens. Wie sonst als mit Visionen gedenkt Jung einen Ausweg zu finden aus der Stillstands – Politik unserer Tage? Mit einem einfachen »Weiter so!« geht es jedenfalls nicht.

Von Realität spreche ich in meinem Artikel mit keinem Wort. Vielmehr davon, dass es »langfristig« der sinnvollste Weg ist. Dass die momentane Situation in Berlin eine andere ist, liegt auf der Hand, ändert aber nichts daran, dass man diese ändern sollte. Und Veränderung beginnt nun mal in den Köpfen, oder im »Sandkasten«, wie Jung es nennen würde. Die Basis wehrt sich angeblich mit Händen und Füßen, denn schließlich geht es um eine Zusammenarbeit mit dem alten Feind. Die erscheint vor allem dann nicht einfach, wenn man jahrelang in einer bunten Traumwelt gelebt hat. Glaubt denn bitte ernsthaft jemand, dass man mit den Grünen noch

schlimmer umgehen kann, als es der Kanzler derweil tut? Was muss eigentlich noch passieren, damit dort mal jemand auf den Tisch haut? Das riecht förmlich nach dem »gemeinsamen Bestreben, Macht haben zu wollen«, das Jung ausgerechnet einer noch nicht wirklich existierenden Farbkombination vorwirft, die zwangsläufig Neues erfinden anstatt sich an Altem festklammern müsste. Vielleicht haben die von Jung genannten Wähler irgendwann auch einfach keine Lust mehr, fremdgesteuert zu werden. Ich glaube, es ist falsch, davon auszugehen, die Grünen würden immer weiter kuschen, nur um der eigenen Geschichte gerecht werden zu wollen. Auch hier wird Pragmatismus einkehren.

Man sollte den Wählern ruhig ein paar mutige Sandkasten-Spielchen zumuten. Wer das nicht wagt, kann auch keine Reform anpacken. Zudem stellte inzwischen der Grüne Oswald Metzger treffend fest: »Längst sind die meisten [der Grünen] ja auch wieder in den Schoß ihrer bürgerlichen Familien zurückgekehrt, leben den Lebensstil, den sie in der antibürgerlichen Rebellion verworfen hatten. [...] Der ökologische Urgedanke der grünen Bewegung – »Wir haben die Erde nur von unseren Kindern und Enkeln geborgt!« – entspricht dem christlichen Memento des »Die Schöpfung bewahren!« (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.01.2003, Nr. 6, Seite 33). Zeit also, über den eigenen Tellerrand zu schauen. Es ist auch ein Irrtum, zu glauben, CDU – Anhänger würden in ihrer Gesamtschaft dem im Wege stehen. Erstens waren bayerische Aufstände schon immer lauter als eigentlich gemeint, zweitens ist nicht jeder Roland-Koch-Fan und drittens hat auch das »Bürgertum« begriffen, dass die Grünen mit Kommunismus weit weniger im Sinn haben als Rot oder Rosa-Rot. Es sieht ja schließ-

lich jeden Tag, wem wir allein die Regierungspolitik zu verdanken haben. Und bestätigt in Umfragen jedes Mal Joschka Fischer als beliebtesten Politiker.

Mir obliegt es nicht, mich bezüglich der einzelnen Details einer möglichen Zusammenarbeit zu äußern, aber – wie in SSP Nr. 337 ausgeführt – glaube ich, dass eine gemeinsame Wertentscheidung eine gesunde Basis ist, um sinnvolle Kompromisse (neu für grünes Klientel!) zu finden. Die Zusammenarbeit würde die Bereitschaft versinnbildlichen, »im Interesse der dringend notwendigen gesellschaftlichen Erneuerung aus den eingefahrenen Pfaden des politischen Establishments auszubrechen.« (Oswald Metzger, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.01.2003, Nr. 6, Seite 33). Es ist Unsinn, von weit auseinanderliegenden Positionen zu reden, wenn es häufig – siehe Zuwanderungsgesetz – um bloße Formulierungen, um die Beachtung der Verfassung oder um Wahrung persönlicher Eitelkeiten geht. Betrachtet man die Positionen zum Arbeitsmarkt genauer, so wird beispielsweise schnell klar, welche kreative, liberale und fortschrittliche Politik die Grünen ohne Sozialdemokraten und Gewerkschaften betreiben könnten. Von großer Distanz zur Union ist da wenig zu merken. Auch die – ursprünglichen – Thesen der Grünen zu Rente oder Gesundheit haben mit denen der Sozialdemokraten weit weniger gemein als mit denen der Christdemokraten. Aber: Die Ideologie, die macht's.

Also: Ein bisschen mehr Mut, ein bisschen Bereitschaft, auch neue Ideen zu versuchen, wären zumindest dann nicht schlecht, wenn es an einem Gegenkonzept offensichtlich fehlt.

Laut Jung würden die anderen Parteien nicht tatenlos zusehen. Ich finde, sie würden einfach alt aussehen.

Jan Balthasar



(privat)

Nach dem Zuwanderungsgesetz ist vor dem Zuwanderungsgesetz

Keine Polemik.

Das Zuwanderungsgesetz ist gescheitert, nur leider aus den völlig falschen Gründen. Trotzdem Aufatmen. Damit ist die Abkehr vom Paradigma »Wir sind kein Einwanderungsland, gewähren aber in unabweisbaren Notfällen Aufenthalt« und die Hinwendung zu »Wir sind ein zeitweiliges Einwanderungsland für billigarbeitende Hochqualifizierte, und darüber hinaus ist jeder Einwanderer vor allem eine Belastung für die deutsche Gesellschaft« nicht in ein neues Gesetz gegossen. Zur Erinnerung: Das alte heißt Ausländergesetz, und ursprünglich gab es mal ein recht großzügiges Asylrecht. Das derzeitige Asylrecht sieht in etwa wie folgt aus und wird sich nicht groß ändern, da zum Schlechteren nur noch geringer Spielraum ist:

- Wer auf dem Landweg nach Deutschland einreisen will, begibt sich in Lebensgefahr und kann in ein sicheres Drittland abgeschoben werden.
- Wer auf dem Luftweg einreist, begibt sich in Gefangenschaft.
- Wer trotzdem seine Gründe vortragen darf, muss damit rechnen, dass jedes Wort gegen ihn ausgelegt

wird. Widerspruch gegen die Entscheidung der Behörden ist möglich aber unerwünscht und wird entsprechend behandelt.

- Wer es wagt, in Deutschland unerwünscht zu sein, muss mit Knast und gewaltsamer Abschiebung rechnen und die Kosten dafür selber tragen.

Um keine Präzedenzfälle aufkommen zu lassen, muss der deutsche Staat manchmal Entschlossenheit gegenüber unerwünschten Einwanderern zeigen. Wenn

- jemand zehn bis fünfzehn Jahre unerwünscht in Deutschland gelebt und vielleicht sogar unerwünscht Sozialbeiträge gezahlt hat,
- jemand unerwünscht eine komplette deutsche Schullaufbahn durchlaufen hat,
- jemand die Sprache des geplanten Ziellandes nicht kennt,
- oder das Land gar nicht kennt,
- und eine Familie nicht zusammen in ein Land abgeschoben werden kann,
- und obwohl dort Diskriminierung, Inhaftierung oder absolute Armut drohen,

heißt das nicht, dass nicht passieren kann, dass sie auseinandergerissen

und bruchstückweise abgeschoben wird, wobei z.B. schwere Krankheit oder Behinderung auch nur manchmal als Hinderungsgrund anerkannt werden. Glücklicherweise, wer trotz aller Schikanen eine Arbeit gefunden hat, lange genug sozialhilfeunabhängig war und deshalb einen etwas langfristigeren Aufenthaltsstatus erreicht hat...

Wer einmal draußen ist, kann wiederkommen (Bedingungen siehe oben). Wenn, wie zu befürchten ist, die Gesetzeslage jetzt scheinbar verschlimmbessert wird, gilt zukünftig: wer drinnen ist und das schon macht, was der, der von draußen kommt, machen sollte, nämlich billig arbeiten, kann sich nicht mal mehr einen besseren Aufenthaltsstatus erarbeiten, um vielleicht doch auf Dauer hier billig arbeiten zu können. Man will ja Grenzen setzen und nicht Anreize schaffen. Integration wird auf die unabweisbar Asylberechtigten sowie als Arbeitskräfte gewollten Einwanderer begrenzt, der Rest kann vor sich hinvegetieren bis zur Abschiebung.

Thorsten Hallmann

Mit dem Knackarsch nach Jerusalem

»Es ist die perfekte Synthese aus Party und Sport.« Henning muss fast brüllen, um gegen die infernalisch laute Punkmusik anzukommen. Doch im nächsten Moment schaltet er den Ghettoblaster ab. Die rund 20 Menschen, die gerade noch um den in der

Mitte der Halle stehenden Stuhlkreis liefen, versuchen eine der Sitzgelegenheiten zu ergattern. Was einer Person natürlich nicht gelingt, da ein Stuhl zu wenig vorhanden ist.

Richtig, es handelt sich um die »Reise

nach Jerusalem. Jenes Spiel, das schon auf unseren Kindergeburtstagen zu mancher Prügelei zwischen Grundschulern führte. Besser gesagt: Es handelt sich um »JtoJ« – »Journey to Jerusalem« – die moderne Teamvariante dieses Spiels.

Erfunden wurde diese Version vor zwei Jahren von Studenten der Universität Münster. Neben dem englischen Namen erhielt das Spiel dabei auch noch neue Regeln – und einen Weltverband. Dem gehören zwar neben Münster nur Gruppen in Köln, Düsseldorf, Gütersloh, Bielefeld und Hamburg an, dennoch betont der Pressesprecher Henning Goersch, dass der internationale Anspruch ernst gemeint sei: »Wir sind international ausgelegt und sehen uns wirklich als Weltverband.« Einmal pro Semester treffen sich die verschiedenen Teams zum »Superstuhl« – die Weltmeisterschaft der Disziplin.

Hennings These der perfekten Synthese zwischen Spaß und Sport stimmt auch die Studentin Charlotte zu. »Ich lach mich die ganze Zeit tot.« Sie erklärt: »Es sind viele Leute hier und es macht einfach nur Spaß.« Charlotte setzt die Kappe ab, die alle JtoJ-Spieler tragen. Darunter befindet sich ein Zettel, auf dem eine Vier steht. Diese Ziffern sind eines der wichtigsten Elemente des Spieles. Mit ihnen wird bestimmt, welches Team gewonnen hat. Nach dem Ausscheiden der ersten Hälfte der Mitspieler wird gezählt, wie viele Punkte sich unter den Mützen der Teams befinden. Eins ist die niedrigste, fünf

die höchste Punktzahl. Am Ende der Partie werden die Punkte des letzten Spielers verdoppelt dazu gerechnet. Um möglichst viele Punkte zu erreichen, stehen den Teams verschiedene Manöver zur Verfügung. So kann ein Spieler beim »Touch-Ass« mit einer niedrigen Wertungszahl einen ergatterten Platz innerhalb von drei Sekunden räumen, damit ein Teamkollege mit höherer Wertung im Spiel bleiben kann.

Henning beschwört, dass JtoJ nicht nur Spaß macht und Kondition bringt: »Schau dich mal um, wir haben alle Knackärsche.«

Marius Meyer

Münsteraner entwickelt Navigationssystem für Rollstuhlfahrer

Im Straßenverkehr kämpfen Rollstuhlfahrer mit vielen Problemen. Bordsteine, Treppenstufen und Engpässe sind unüberwindbare Hindernisse. Steigungen und Kopfsteinpflaster bereiten Schwierigkeiten. Doch nicht nur Rollstuhlfahrer sind betroffen. Gehbehinderte, alte Menschen oder Eltern mit Kinderwagen bewegen sich unter erschwerten Bedingungen durch die Straßen.



Carsten Dewey

(Marius Meyer)

Nicht selten müssen Personen dieser Gruppen umkehren und sich einen anderen Weg suchen. Diesem Zustand will Carsten Dewey ein Ende machen.

Der 27jährige Geoinformatiker hat eine Software entwickelt, die Rollstuhlfahrer durch die Innenstadt von Münster führen kann. Ein Wettbewerb der Körberstiftung hat ihn auf die Idee gebracht. Er gewann einen ersten Preis und strich 5000 Euro ein. Später schrieb er zum Thema seine Diplomarbeit.

Ein Navigationssystem für Rollstuhlfahrer muss mehr leisten als eines für Autos. Einbahnstraßen und Abbiegeverbote braucht es nicht zu erkennen, aber das System muss wissen, welche Straße keinen Bürgersteig hat, welcher Weg zu eng ist, wie hoch Bordsteine sind. Zusätzlich sind Treppenstufen und Steigungen gespeichert und wo sich abgesenkte Bordsteine befinden.

Doch damit nicht genug: Rollstuhlfahrer ist nicht Rollstuhlfahrer. »Während für die Einen ein Bordstein mit einer Höhe von drei Zentimetern unpassierbar ist, schaffen es Andere noch über fünf Zentimeter«, sagt Dewey. »Mit einem E-Rolli kann man

zwölf Prozent Steigung bewältigen, ein älterer Handrollstuhlfahrer scheitert daran.« Daher hat er dem Programm beigebracht, wie genau die Hindernisse beschaffen sind. So kann der Nutzer in einem Filter einstellen, ab welcher Höhe ein Bordstein eine unüberwindbare Barriere darstellt. Aus diesen Datensätzen stellt das Programm eine passende Wegbeschreibung zusammen. Dabei testet es an jeder Kreuzung, ob das nächste Wegstück zu dem Profil des Nutzers passt. Der kürzeste mögliche Weg wird dann dargestellt.

Allerdings werden die Datensätze durch ihre Genauigkeit sehr groß – und die Erhebung teuer. Daher gibt es auch noch kein Gerät, das mit Deweys Software Rollstuhlfahrern den Weg erklärt. »Wir hatten vor, das Programm mit einer Mobilfunkfirma im Straßenverkehr nutzbar zu machen«, erklärt Dewey. »Doch die Zielgruppe Rollstuhlfahrer ist zu klein, als das sich dies rechnen könnte.« Dewey denkt jetzt über eine Variante nach, die auch Inlineskatern die beste Route verrät. Bis dahin müssen Nutzer sich den Weg vorher ermitteln und ausdrucken lassen.

Marius Meyer

Zeitaufgaben

Zeitgenössische Kunst aus Ost-Europa im Westfälischen Kunstverein

»Die Aufgabe der Zeit« ist ein schöner Ausstellungstitel. Er fragt etwas konkretes ab, nämlich, wie Aufgaben es so an sich haben, eine bestimmte Lösung oder die Erklärung dafür, warum es womöglich keine gibt. Zugleich aber konstatiert er auch und macht die Zeit zum Gegenstand, dem nicht standgehalten werden kann, dem man sich ergibt, die Waffen streckt und eben aufgibt. Der Westfälische Kunstverein in Münster versammelt sechs künstlerische Positionen, die sich auf unterschiedliche Arten dem Thema widmen. Video, Film und fotografische Serie sind dabei als die Medien vertreten, die bereits ein zeitliches und erzählerisches Moment beinhalten. Aber um welche Zeit handelt es sich, was an ihr zwingt zum Aufgeben und welche Aufgaben werden darüber hinaus gestellt?

In erster Linie geht es um Zeit im historischen Sinne, um die Zeit, die in und zwischen Gesellschaften vergeht. Dreizehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer sind es vor allem KünstlerInnen aus dem ehemaligen

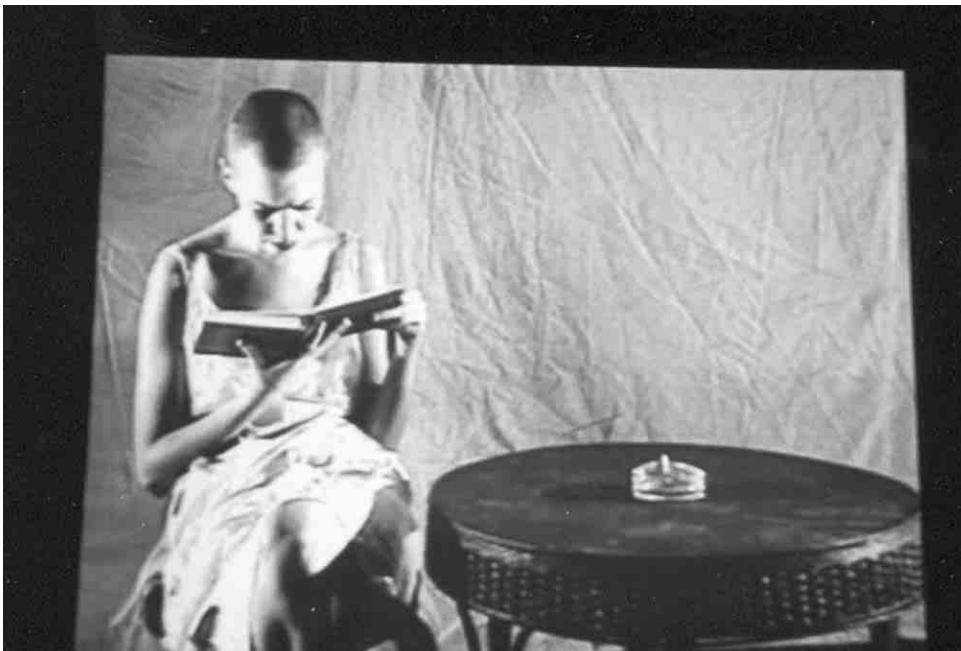
Ostblock, die zu diesem Thema befragt werden. Denn dort gab und gibt es schließlich Wenden, Umbrüche und Transformationen en gros und en masse. Gegenden zudem, in denen Zeit noch deutlich Spuren hinterlässt. Dieser Fokus bildet seit einigen Jahren die ambivalente Chance für KünstlerInnen aus Weissrussland, Polen oder Estland, am westlichem Kunstmarkt anzudocken. Eine zweifelhafte Möglichkeit ist das Spezialistentum für ästhetische Fragen gesellschaftlicher Veränderung insofern, als damit die KünstlerInnen auf dieses Spezialgebiet und im Gegenzug die sie umgebende westliche Kunstwelt als statisch festgeschrieben werden. Die Frage nach der Spezifität von »Ostkunst« wäre so zumindest bedient und müsste nicht auf schlechtes Fotopapier oder auf zu Improvisation zwingende Materialkostenhöhe ausweichen.

Wenn das also der Rahmen ist, in dem die gezeigten Arbeiten zu besprechen sind, dann ist es Ene Liis Semper, die ihn am deutlichsten verlässt. In ihrem schwarz-weiß Film FF/REW (1998)

liest eine Frau, die im Nachthemd und mit kurz geschorenen Haaren auf einem Stuhl neben einem Tisch sitzt, in einem Buch. Sie steht auf, geht zu einem Strick, stellt sich auf einen Hocker, legt den Strick um den Hals und stößt den Hocker um. Nachdem der Hocker sich wieder aufgerichtet und die Frau sich wieder am Tisch in das Buch vertieft hat, steht sie erneut auf, um sich zu erschießen. Zeit wird hier in der immer neuen Entscheidung zum Suizid radikal subjektiviert. Gesellschaft bleibt zunächst außen vor, tritt dann aber im Ambiente hervor, wenn erkannt ist, dass das ganze Setting »authentischen Dokumentationen weiblichen Wahnsinns« (Catrin Backhaus) gleicht.

Aufgebend im Sinne von resignierend ist aber weder diese noch eine der anderen Arbeiten. Als vergleichsweise düster und skeptischer noch als Sempers Film ließe sich aber die Fotostrecke von Igor Savchenko »On the Altered Behavior of Sunlight« (1996) beschreiben. »Dunkelheit hat sich gesammelt/Unsicherheit wächst weiter.« heißt es im Text zu der Serie von schwarz-weiß Fotos, die ein bisschen wirken wie Experimente mit Belichtungszeiten. Dunkelheit ist wieder mal Einsamkeit und die Unwägbarkeiten der Natur stehen für die gesellschaftliche Situation. Wenn, wie Wittgenstein meinte, verstehen heißt zu wissen, wie es weiter geht, dann ist das ermunternde, Gemeinschaft stiftende an Savchenkos Bildern, aufzuzeigen, dass hier keiner mehr was rafft.

Konträr dazu steht die künstlerische Strategie der Gruppe IRWIN. Geschichte wird hier nicht, wie bei Semper und Savchenko, an individuelle Empfindsamkeiten geknüpft, sondern aus der Makroperspektive erzählt. Im Kontext der Neuen Slowenischen Kunst (NSK) der 1980er Jahre bezeichnete sich das Kollektiv in einem Manifest als Gründerin einer »neuen nationalen Kunst«. In einem 2000 geführten In-



Filmstill von Ene Liis Sempers Film FF/REW (1998)

(Jens Kastner)



In Eene Liis Sempers Film wird die Zeit radikal subjektiviert.

(Jens Kastner)

interview darauf angesprochen, streiten sie jede Ironie dieses Statements ab und insistieren darauf, dass Eklektizismus die Basis nationaler Authentizität sein sollte und dass verschiedene kulturelle Einflüsse und authentische Kultur sich nicht gegenseitig ausschließen. Für die Münsteraner Ausstellung dokumentieren IRWIN Teile ihres Projektes NSK Staat in der Zeit in großformatigen Farbfotografien. An vormaligen Ausstellungsstellen der Gruppe bewachen darauf Soldaten die Flagge des 1991 gegründeten Konzeptstaates. Auch die Soldaten tragen die Insignien der Gruppe in Form von Armbinden, sind aber Mitglieder der regulären Armeen des jeweiligen Landes. Konnte die frühere Strategie der »Überidentifizierung«, in der IRWIN und die NSK die Totalität des sie umgebenden Staates auf die Spitze trieben, sowohl enthüllen als auch die Standfestigkeit des Regimes tatsächlich prüfen, wirkt der zeitliche Staat doch wesentlich weniger eingreifend. Allein, dass das in Münster ansässige Deutsch-Niederländische Korps sich angesichts des bevorstehenden Afghanistan-Einsatzes nicht dazu hat verleiten lassen, während ihrer Vorbereitungen für ein paar Kunstfuzzis zu posieren, könnte zumindest die Frage aufwerfen, inwiefern IRWINs in den 1990er Jah-

ren entwickelte Strategie noch trägt. Denn gerade die ortsspezifische Intervention gehörte sicher zu den Stärken des NSK-Ansatzes.

Trotzdem sind gerade nicht die Gewissheiten zur Aufgabe gezwungen, die an ein kommunistisches Staatsmodell oder an marxistische Geschichtsauffassungen geknüpft waren. Denn einerseits wurden die hier vertretenen künstlerischen Strategien schon immer in Distanz zu jenen Modellen und Auffassungen entwickelt, und zum anderen bestehen die Fragestellungen in veränderter Form zwar, aber nicht weniger drängend, fort. So nennt Pavel Liska, die Position IRWINs erläuternd, den Staat eine Organisationsform, die »weltweit mit Gewaltmonopol und Ideologiemaniplation jongliert«.

Die neu formulierte Aufgabe ist also die einer adäquaten Formsprache für die gesellschaftlichen Veränderungen. Die momentan wohl populärste Lösung dieser Aufgabe wird von Boris Michailov angeboten. Vier großformatige Colourprints seiner aus über 450 Fotos bestehenden Serie Case History (1998) sind im Westfälischen Kunstverein zu sehen. Die Obdachlosen der ukrainischen Stadt Charkov, die Michailov porträtiert, stehen aber weder für eine soziale Situation, noch zeigen sie in erster

Linie individuelle Regungen an. Die teils in klassischen Posen inszenierten, teils wie zufällig in ihren Alltagshandlungen angetroffenen Armen repräsentieren viel eher das, was der mexikanische Sozialwissenschaftler John Holloway die »Kehrseite der Entfremdung« genannt hat: Würde.

Um einem ethnischen Bezugsrahmen zu entgehen, der das Spezifische als »typisch Ost« essenzialisiert, und sich trotzdem osteuropäischer Kunst als imaginiertem Zusammenhang nähern zu können, sind die mit einer solch typisierten, zwischen individuellem Schicksal und sozialer Lage lavierenden Arbeiten wohl besonders geeignet. Alle gezeigten Werke gewinnen ihre Kraft aus der potenziellen Verallgemeinerung des Konkreten. Ausgespart bleibt ein auf Vergänglichkeit gerichteter Blick und damit glücklicher Weise auch der weltverklärende Stoßseufzer »Ach, wie die Zeit vergeht«.

Jens Kastner

Die Aufgabe der Zeit. Westfälischer Kunstverein (Münster), 14. Dezember 2002 bis 02. Februar 2003. Mit IRWIN, Boris Michailov, Deimantas Narkevicius, Igor Savchenko, Ene Liis Semper, Artur Zmijewski. Der Katalog zur Ausstellung erscheint zur Finissage am 02. Februar 2003.

Die Bahn kommt - aber wie ?!

Seit dem 15. Dezember vergangenen Jahres ist nun der vieldiskutierte und von den Bahn-Oberen hoch gepriesene neue Fahrplan mit dem angeblich revolutionären neuen Preissystem gültig. Bereits im Vorfeld ging das Klagen und Wehgeschrei der Bundesbürger durch die Republik und auch mit viel Wohlwollen kann man bei weitem nicht alles, was die Deutsche Bahn AG sich hat einfallen lassen gut heißen. Natürlich hat die Bahn recht, wenn sie damit Werbung macht, dass man durch das Kombinieren der einzelnen Rabatte bis zu maximal 73% sparen kann. Die Sache ist jedoch mit relativ vielen Haken verbunden. Eigentlich sollte nach der Tarifreform der Preisdschungel entwirrt werden, durch die Masse an so genannten Plan und Spar-Möglichkeiten ist aber eine neue Übersichtlichkeit nicht unbedingt gegeben. Die Mitarbeiter an den Schaltern sind erfahrungsgemäß nicht immer mit der günstigsten Verbindung bei der Hand und auch die elektronische Fahrplanauskunft unter www.bahn.de kann ziemlich verwirrend sein. Bei einigen Versuchen wurde in allen Fällen nicht die günstigste Auskunft gegeben und diese sollen nachfolgend dokumentiert werden. Vorab sei erwähnt, dass sich gerade für die Münsteraner Studis oft auch der vermehrte Einsatz des Semestertickets lohnt. Gerade auch, weil durch den Wegfall der Interregio Verbindungen viele Strecken dank IC-Zuschlag (für umge-

spritzte IR-Züge!) teurer geworden sind. Wenn man zum Beispiel ohne Bahn Card bei früher Buchung von Münster nach München fahren will, werden einem vier mögliche Varianten angeboten. Die kürzeste dauert mit einem Umstieg 6 Stunden und 21 Minuten und wäre ab 98,20 EURO zu haben. Die Nutzung des Semestertickets bis Paderborn würde die Fahrt um 29 Minuten mit einem zusätzlichen Umstieg erhöhen, dafür wäre der Preis um fast 25 EURO günstiger. Leider verschweigt die Bahn bei der elektronischen Fahrplanauskunft, dass man durch die Nutzung von regionalen Angeboten ebenfalls viel Geld sparen kann. So kostet eine Fahrt von Münster nach Bonn unter voller Ausnutzung der Mitfahrer- und Frühbucher-Rabatte mindestens 82,80 EURO, also für jede der fünf Personen 16,56 EURO. Die kürzeste Fahrt dauert 2 Stunden und 4 Minuten. Die kürzeste Verbindung mit Nahverkehrszügen ist 2 Stunden 49 Minuten lang, kostet mit dem NRW-Ticket, welches mit dem Wochenendticket vergleichbar ist, aber auch an Werktagen gilt, insgesamt nur 25 EURO, also pro Person nicht mal ein Drittel des ursprünglichen Fahrpreises. Da es sich um regionale Angebote handelt, sind diese Ländertickets für die Bahn sicher schwerer im elektronischen Fahrplan unterzubringen, beim Thema Wochenendticket fällt jedoch auf, dass es, obwohl es ein Angebot der Bahn ist, nicht mehr als Alternative

angezeigt wird. Besonders Stolz weist die Bahn auch auf die oben schon angesprochenen Mitfahrer-Rabatte hin. Hier zahlt die erste Person den vollen Preis und bis zu vier Mitreisende zahlen jeweils nur 50%. Es wird zwar nicht verschwiegen, aber man weist auch nicht darauf hin, dass es noch günstigere Gruppentarife gibt. Bereits ab sechs Personen gibt es nämlich den Gruppe und Spar-Tarif, bei dem alle sechs Personen mindestens 50%, bei Buchung 14 Tage vor Reiseantritt sogar bis 70% sparen können und das alles ohne irgendwelche langwierig zu suchenden Kombinations-Spar-Möglichkeiten. Aus eigener Erfahrung haben jedoch alle Varianten, die mit einer Festlegung auf einen bestimmten Zug verbunden sind den großen Haken, dass die Kontingentierung der Rabatt-Plätze nicht sehr hoch ist. Bei einer Gruppenfahrt nach Hamburg gab es trotz Buchung 16 Tage vorher und einem Zeitfenster von vier möglichen Verbindungen nur noch die Möglichkeit für eine bestimmte Verbindung mit nur noch 50% Rabatt. Mit dem neuen Preissystem hat die Bahn also an sich vielleicht eine gute Möglichkeit geschaffen, günstig(er) zu fahren. Wenn man sich aber nicht gut auskennt, kann man leicht im immer noch bestehenden Tarif- und Preisdschungel untergehen. Auf alle Fälle sollte man sich ausführlich selbst auf der Internet-Seite kundig machen.

Benjamin Yu

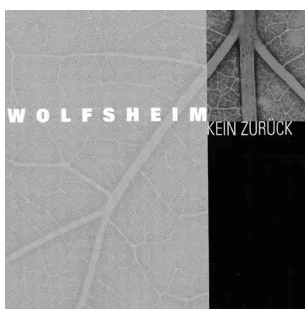
Was auf die Ohren !

Das neue Jahr bringt gleich zu Anfang wieder jede Menge neue Singles aus dem Alternative-Bereich. Ein paar von ihnen sollen euch an dieser Stelle wieder vorgestellt werden. Mit Coldplay, Wolfsheim oder den Guano Apes sind diesmal auch einige TOP 1 Bands dabei. Auf keinen Fall sollte man aber die (noch) etwas unbekannteren Bands vergessen.



Coldplay - Clocks (EMI)
Ohne Zweifel gehören Coldplay zu den Abräumern des Jahres 2002. In mehr als einem Dutzend Nationen der Welt belegte das sensationelle Album »A Rush Of Blood To The

Head« die Spitzenposition und auch in Deutschland waren die wenigen Konzerte restlos ausverkauft, sodass sogar das Münsteraner Publikum im April in den Genuss eines der Zusatz-Gigs kommt. Mit »Clocks« gibt es eine weiter wunderschöne Ballade als Single-Auskopplung, bei der man einfach nur noch ins Schwärmen geraten kann. Ohne mehr zur Single zu schreiben, aber doch **der** Konzert-Tipp des Jahres für Münster.

Wolfsheim - Kein Zurück (Strange Ways/Indigo)

Die wohl bekannteste deutsche Wave-Pop Band meldet sich zurück. Seit mehr als 15 Jahren gibt es Wolfsheim und spätestens seit dem letzten Album »Spectators« und dem Duett Witt/Heppler mit dem Mega-Hit »Die Flut« schwimmt die Band ganz oben auf der Erfolgswelle.

Die erste Single-Auskopplung aus dem neuen und langerwarteten Album »Casting Shadows« heißt »Kein Zurück« und wieder einmal präsentiert Sänger Peter Heppner seine grandiose Stimme, sodass eine extrem gefühlvoll interpretierte Pophymne entstanden ist.

Subway To Sally - Falscher Heiland (Universal)

Wer die Band nur als Mittelalter-Combo kennt, wird über diese Single ziemlich erstaunt sein. Brachialer aber trotzdem melodischer Sound à la Rammstein dringt nun aus den Boxen und dazu ein Text, wie er in diesen Zeiten passender nicht sein könnte. Es geht mitnichten

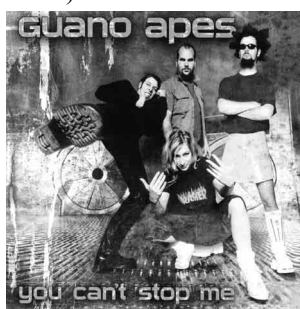
um gotteslästerliche Themen, das Cover-Artwork beweist es. Dort sind die Konterfeis derjenigen beiden Menschen zu sehen, die zur Zeit wohl am meisten in aller Munde sind, nämlich Saddam Hussein und George W. Bush. Man hat also einen neuen Anti-Kriegs-Song, allerdings hat dieser musikalisch nichts mit dem eher besinnlichen »We shall overcome« zu tun *g*.

Deutsch Amerikanische Freundschaft - Der Sheriff (Universal)

Wo wir schon mal beim Thema sind. DAF sind wohl allen noch mit 80er Knallern wie »Verschwende Deine Jugend« und vor allem »Der Mussolini« in Erinnerung. Nach Ewigkeiten melden sich die Jungs nun mit neuer Single zurück. Musikalisch hat sich nicht viel

geändert und textlich sind sie provokant wie eh und je. »Der Sheriff« hat den Titelzusatz »Anti-Amerikanisches Lied« und die Botschaft ist dann auch schön verpackt. Beim ersten Hören ist der Text sicherlich ziemlich sinnlos, aber, wenn man sich an den Titelzusatz erinnert, kann man

sich wohl ein süffisantes Grinsen nicht verkneifen. Anti-Kriegs-Song Nummer 2.

Guano Apes - You Can't Stop Me (GUN/Supersonic/BMG)

Nach annähernd zwei Jahren wohl verdienter Pause melden sich die Guano Apes mit ihrer neuen Single »You Can't Stop Me« zurück. Die meisten von Euch werden den Track sicherlich »aus Funk und Fernsehen« kennen, da er seit einigen Wochen auf Heavy Rotation

läuft. Auf alle Fälle ist den Guano Apes, meiner Meinung nach, nach einigen nicht so mitreißenden Veröffentlichungen, diesmal wieder ein richtiger Knaller gelungen. Ohne Zweifel werden die Tanzflächen der Republik wieder mal so richtig aufgemischt werden.

MIA - Kreisel (Columbia/Sony)

Wie kaum eine andere Band konnte MIA im vergangenen Jahr einen Erfolg nach dem anderen verbuchen. Vor einem Jahr kannte die Band noch niemand, aber dann wurde »alles neu« und durch unzählige Gigs sowie durch die Rotation in den Clubs stieg der Bekann-

theitsgrad derart an, dass man mit dem Album locker in die Media Control-Charts einstieg. Inzwischen sind MIA aus den Clubs nicht mehr wegzudenken und auch die neue Single »Kreisel« hat sich schnell zum Tanzflächenfüller entwickelt. Frech wie eh und je kommt die Band um Sängerin Mietze daher und daher – MIA rockt!

Within Temptation - Mother Earth (GUN/BMG)

Bis vor kurzem hierzulande noch völlig unbekannt, in den Niederlanden jedoch schon Mega-Seller, schicken sich Within Temptation an, auch in Deutschland Fuß zu fassen. Die einschlägigen Magazine überbieten sich mit Lobpreisungen und in Kürze sind Within Temptation

als Vorgruppe von Paradise Lost auf unseren Bühnen zu bewundern und alle Fans des melodiosen Gothik-Metal dürfen sich freuen, denn die Band um die ausdrucksstarke Sängerin Sharon den Adel präsentiert mit der pompösen Single »Mother Earth« ein großartig gelungenes Debut.

Benjamin Yu